Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 282. Freitag den 1. Dezember 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 95 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik" ausgegeben. Inhalt: 1) Der zweite Handweekertag Schlesiens. 2) Ueber das Recht der Volksvertreter, der Regiernng die Steuern zu verweigern. 3) Leset und dann urtheilet. 4) Korrespondenz aus Schweidnitz.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 21—25. (681—685.) Bogen des 23. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 313—315. Frankf. Bg. 369. 370.

K. Breslau, 30. November.

Die Hoffnung, daß der 27. November endlich einmal ein Tag der Entscheidung sein werde, hat abermals getäuscht. Dieser Tag hat nicht das Provisorium beendet, welches seit der gewaltsamen Vertreibung der National-Versammlung aus dem Schauspielhause niederdrückend und demoralisirend auf dem Lande gelastet hat, er ist vielmehr nur der Anfang eines neuen Provisoriums geworden, das an Verwickelungen womöglich noch reicher sein wird, als das bisherige. Bisher hat die National-Versammlung mit der Krone in Konflikt gestanden, und die Folge dieses Zustandes ist die Erschütterung des Rechtsbewußtseins, die Verschwendung der besten Kräfte des Landes zum Schutze eines Ministeriums, welches ohne massenhafte Aufbietung militärischer Kräfte nicht bestehen kann, die bereits verhängte und theilweise vielleicht noch bevorstehende Aufhebung der garantirten Freiheiten in mehreren Theilen des Landes gewesen. Die Aussicht auf eine endliche Feststellung der Volksrechte in einer dem Geiste der Zeit angemessenen Verfassung ist, wenn nicht ganz abgeschnitten, so doch in weitere Ferne gerückt, die Arbeiten unserer Vertreter für die Erreichung dieses Zieles sind gewaltsam verhindert worden.

Das neue Provisorium wird nicht nur alle Uebelstände des bisherigen als Erbtheil übernehmen, sondern uns auch möglicherweise das traurige Schauspiel zweier volksvertretenden Versammlungen gewähren, von denen durch Einberufung der Stellvertreter jede beschlußfähig sein, jede sich für die wahre und alleinige Volksvertretung ausgeben wird. So wird, nachdem durch die Maßregeln des Ministeriums die Würde der Krone, mehr als es nach den jetzt florirenden Veteranen- und Preußenadressen scheinen mag, erschüttert worden ist, nunmehr auch die Idee der Volksvertretung in den Koth getreten und zur Lüge gemacht werden.

Wer nicht mit fühllosem Gleichmuth die Geschicke des Vaterlandes betrachtet oder auf den Trümmern des Staates nach Beute für seinen persönlichen Ehrgeiz zu suchen gedenkt, wird eingestehen müssen, daß es so nicht länger fortgehen kann, daß eine Entscheidung herbeigeführt werden muß.

Mit den Erfahrungen der letzten Wochen ausgerüstet, werden wir nunmehr mit der Resignation, welche die Umstände uns aufnöthigen, an die Frage gehen müssen: Was soll, was kann geschehen, um aus dem drückenden Zustande der Verwirrung und Rechtsunsicherheit heraus zu kommen, welcher uns in eine trostlose Schlaffheit immer tiefer zu versenken droht?

Führen wir zu diesem Zwecke uns noch einmal rasch vorüber, was bisher schon geschehen und was es gewirkt hat, um hiernach einen Maßstab für die Zukunft zu finden.

Die Krone hatte versichert, daß das neue Ministerium sich das Vertrauen des Landes erwerben werde. Die National-Versammlung appellirte ebenfalls ans Land. Die ersten Tage nach dem Konflikte war die ungeheure Majorität des Landes, soweit es sich aussprach, auf der Seite der Versammlung. Der moralische Sieg war gesichert, bis in die konservativsten constitutionellen Kreise hinein verbreitete sich die Theilnahme für die Versammlung und gerade die Intelligenz des Landes stellte sich auf ihre Seite. Die Gegenpartei wagte nicht aufzublicken. Das Ministerium aber wich weder vor der Stimme des Landes noch vor der würdigen und festen Haltung der Versammlung, es blieb und stützte seine Existenz auf die Gewalt.

Da kam der Steuerverweigerungsbeschluß und mit ihm der Wendepunkt in der öffentlichen Stimmung. Die Gegenpartei hatte nun eine Handhabe, mit welcher sich die Opposition gegen die Versammlung mächtig in Bewegung setzen ließ. Man betrachtete diesen Schritt der Versammlung nicht als nothgedrungene letzte Abwehr, sondern als Angriff, man beurtheilte ihn nach dem Buchstaben des Gesetzes, während der gesetzliche Zustand doch mit dem Augenblick schon in Frage gestellt war, wo die Versammlung gewaltsam in ihrem Recht gekränkt wurde. Das Feldgeschrei wurde verfälscht, es sollte sich angeblich nicht mehr zum Uebergriffe des Absolutismus und Wahrung der konstitutionellen Freiheit, sondern um rothe Republik oder Monarchie handeln. Dazu kam, daß die Versammlung selbst bei diesem Schritte auf halbem Wege stehen blieb und die Ausführung desselben dem Belieben des Landes überließ, und daß die Steuerverweigerung ohne aktiven Widerstand bei der dem Ministerium zu Gebote stehenden ungeheuern Militärmacht sich als unausführbar zeigte. Der Beschluß der Versammlung setzte voraus und mußte nach allen Kundgebungen des Landes voraussetzen ein einiges, entschlossenes Volk. War diese Voraussetzung richtig, so konnte allerdings die Steuerverweigerung ein letztes friedliches Mittel sein, es brauchte zur Ausführung gar nicht zu kommen. Aber der Hinblick auf die möglicherweise mit der Ausführung der Steuerverweigerung verbundene Anarchie, die Aussicht auf eine mögliche Wendung der Dinge auf die Seite der Republik, wenn der Konflikt bis aufs Aeußerste getrieben würde, schreckte einen großen Theil der konstitutionellen Partei zurück und warf sie weniger aus Rechtsgefühl und Sympathie als aus Furcht dem Ministerium in die Arme. Die Spaltung der Parteien ging noch tiefer und an die Stelle einmüthiger Energie trat eine um so größere Entmuthigung.

So ist im Wesentlichen die Lage der Sache noch heute. Das Resultat der Bewegung ist die Ueberzeugung, daß die große Mehrzahl des preußischen Volkes die konstitutionelle Monarchie will, und daß die Republik ein Popanz ist, welcher selbst konstitutionell Gesinnte dem Absolutismus in die Arme zu treiben vermag. Gelingt es, Alle, welche die konstitutionelle Freiheit wollen, unter ein Banner zu vereinigen, so ist das Ministerium Manteuffel mit seinen romantischen und absolutistischen Reminiscenzen von Stund' an unmöglich geworden.

Ein Doppelparlament würde das Land in zwei Lager theilen, aber die Theilung würde ungleich sein, hüben und drüben würden Konstitutionelle sitzen, aber die Beute würden die Absolutisten mit konstitutioneller Maske erhaschen.

Wird die Versammlung in Brandenburg durch Zutritt von Stellvertretern beschlußfähig, so wird das Ministerium mit ihr eine Verfassung vereinbaren, welche die konstitutionelle Freiheit uns wahrlich nicht reichlich zumessen wird. Die Versammlung in Berlin wird zwar gegen deren Rechtsgiltigkeit protestiren, aber der Protest könnte an der physischen Macht, welche der Regierung und der brandenburger Versammlung zu Gebote stehen wird, so wie an der systematisch herbeigeführten Abmattung des Volkes leicht abprallen. In keinem Falle werden wir eine Verfassung erhalten, deren Rechtsbeständigkeit im Lande allgemeine Zustimmung findet. Das Schwankende des Rechtsbodens wird sich vielmehr in's Endlose verlängern.

Kommt aber in Brandenburg keine beschlußfähige Versammlung zu Stande, so könnte vielleicht das Ministerium, wenn es einige konstitutionelle Gesinnung besäße, sich zum Rücktritt bewogen finden. Aber diese Voraussetzung ist problematisch. Das Ministerium könnte auch die Versammlung auflösen und eine Verfassung oktroyiren. Es würde dann immer noch den Schein der Gesetzlichkeit annehmen und die Unmöglichkeit der Vereinbarung vorschützen. Die so octroyirte Verfassung würde zwar ebenfalls nur von denen rechtlich anerkannt werden, welche der Krone das Recht der Verlegung vindiciren, aber sie würde dadurch doch wenigstens von einem Theile anerkannt und die endliche Erreichung eines allgemein befriedigenden Rechtszustandes würde in weite Ferne hinausgeschoben.

Geht aber die ganze Majorität, wie sie jetzt in Berlin war, nach Brandenburg, hält sie dort festzusammen und arbeitet sie an der raschen Verwirklichung einer demokratisch-konstitutionellen Verfassung, so leuchtet für das Ministerium Brandenburg die Unmöglichkeit ein, mit dieser Versammlung zu regieren. Entweder wird es also endlich seinen Widerstand aufgeben und abtreten müssen, und wir werden dann endlich wieder in die wahrhaft konstitutionelle Bahn einlenken und zu einer Verfassung gelangen, welche die volle Freiheit gewährt und schützt, oder das Ministerium muß doch noch zur Auflösung der Versammlung und zur Oktroyirung einer Verfassung schreiten. Aber eine Auflösung der Versammlung unter solchen Umständen hat eine ganz andere Bedeutung, als die Auflösung wegen Nichtbeschlußfähigkeit. Eine unter solchen Umständen oktroyirte Verfassung ist ein offener Bruch der im März von der Krone feierlich eingegangenen Verpflichtungen und würde Alle die zu Gegnern haben, welche überhaupt noch Rechtsgefühl besitzen. Wenn sich gegen die Macht der Regiernng überhaupt mit Erfolg auftreten läßt, so ist die Vereinigung der ganzen Versammlung in Brandenburg für uns offenbar der günstigste Fall.

Es fragt sich nur noch, in wie weit die Ehre und Würde der in Berlin gebliebenen Versammlung ihr gestattet, trotz ihrer früheren Beschlüsse nun doch nach Brandenburg zu gehen?

Hierüber in einem folgenden Artikel.

Preußen.

§§ **Brandenburg**, 29. November. [Von der heutigen Sitzung der Versammlung der Abgeordneten] ist sehr wenig zu melden, wie sich dies auch gestern voraussehen ließ. Nach Eröffnung der Sitzung wurde zum Namensaufruf geschritten. Der Alterspräsident proklamirte danach das Resultat folgendermaßen: „Es sind 151 Mitglieder anwesend, 10 fehlen als krank, 12 sind beurlaubt, macht Summa Summarum 172." Hierauf vertagte sich die Versammlung bis morgen; zuvor hatte der Präsident noch angezeigt, daß morgen auf der Tagesordnung ständen: 1) der Namensaufruf, 2) Antrag des Abgeordneten Simons. — Was nun diesen letzteren anbetrifft, so ist kaum einzusehen, wie die Versammlung, wenn sie morgen noch nicht beschlußfähig ist, auch nur mit einem Schein von Recht auf eine Diskussion eingehen will. Freilich scheint man in dieser Beziehung in der Domkirche zu Brandenburg nicht sehr

skrupulös zu sein. Hat man doch schon diskutirt und abgestimmt, warum sollte man es nicht auch fernerhin thun? — Ich kann Ihnen heute etwas Näheres über den Inhalt der königlichen Botschaft mittheilen, welche am Montag vom Ministerium angekündigt, aber bis heute noch nicht eingebracht worden, weil die Versammlung nicht beschlußfähig war. Die Botschaft, wird mir versichert, enthalte 3 Gesetze, nämlich 1) Gesetz zum Schutze der Versammlung, 2) Gesetz wegen Mißbrauch der Associationsfreiheit (Unterdrückung der Klubbs u. s. w.), endlich 3) Gesetz über die Presse (alle größeren Journale müssen 8000 Rtl. Kaution stellen.) Sie sehen, es ist die Reaktion in ausgedehntem Maßstabe, welche aus diesen Gesetzentwürfen hervorleuchtet, dieselben stoßen die vom zweiten vereinigten Landtage festgestellten Grundlagen für die künftige Verfassung um. Würde die Versammlung durch dieselben Elemente, welche bisher darin gewaltet, vervollständigt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Gesetze wenig oder gar nicht verändert durchgehen. — Aus Berlin vernehme ich, daß heute die Frage, ob man nach Brandenburg gehen solle, von Neuem in den Fraktionen berathen werden wird. Die Linke ist entschieden dagegen, eben so die Mielentz'sche Partei und auch das Hotel de Russie soll jetzt ebenfalls keine Neigung dazu zeigen. Darüber scheinen Alle einig zu sein, daß entweder Alle oder Niemand hingehen müßte. — Vorigen Sonnabend, wird versichert, wäre der König ganz bereit gewesen, die Entlassung des Ministeriums Brandenburg anzunehmen. Da sei die Proklamation des Reichsverwesers „an das deutsche Volk" angelangt, dieselbe habe außerordentliches Mißfallen erregt, indem man darin die Absicht erkennen wollte, den König wie einen mediatisirten Fürsten zu behandeln, und an ein Nachgeben wurde nun weniger als je gedacht.

C B. **Berlin**, 29. November. [Tagesbericht.] Unsere Zustände bleiben die alten. Nirgends zeigt sich auch nur ein Symptom der Besserung. Erfahrene Aerzte versprachen sich zwar noch immer eine Heilung in der kürzesten Zeit, während die jungen Aerzte erst im Frühjahr das Ende der Krisis durch eine große Explosion erwarten. — Man möchte wirklich, wenn man die Schlaffheit auf allen Seiten sieht, den jungen Aerzten recht geben und auf den Frühling harren, der vielleicht das alte Michelthum wieder aufthauen läßt. — Oder sollte es wahr sein, was so Manche behaupten, daß unsere politischen Aerzte dem deutschen Philister mit seinen schwachen politischen Nerven zu sehr zugesetzt hätten und daß er vor Erschlaffung wirklich wieder in einen langen Schlaf verfallen werde? — — — Berlin ist ruhig bis zum Extrem, an die Stelle der Frische und Lebendigkeit der letzten Monate ist eine Apathie getreten, ein Indifferentismus der seines Gleichen sucht. In dieser Stadt befindet sich die große Mehrzahl der Vertreter der Nation, vor wenigen Tagen noch vom Volke vergöttert, heute ohne jedes Zeichen der Sympathie der Bevölkerung. Sollte der Belagerungszustand wirklich eine so zauberische Macht haben, Gefühle die vor Kurzem sich noch so laut äußerten, zu unterdrücken, oder schlummern diese Gefühle blos in der Brust des Volks und werden sie vielleicht um desto heftiger wieder erwachen? — Wer aufrichtig ist, er gehöre einer politischen Partei an, welcher er wolle, wird zugeben müssen, daß die hier tagenden Männer, die unter so deprimirenden Verhältnissen sich selbst treu bleiben und consequent ihr Ziel verfolgen, die Bewunderung der Mitwelt verdienen. Haben sie doch zum Theil noch zu kämpfen mit den gewöhnlichsten misères des Lebens. Vertreibt man sie doch von einem Orte zum andern, verweigert ihnen den Unterhalt, indem man die rückständigen Diäten nicht auszahlt. — Herr Rodbertus ist aus Frankfurt zurückgekehrt, einen bestimmten Erfolg hat seine Reise nicht gehabt, jedoch ist wahrscheinlich seine Anwesenheit auf einen Theil der Majorität der Frankfurter Versammlung nicht ohne Einfluß geblieben und vielleicht stellt sich bei den nächsten Verhandlungen des deutschen Parlaments über die preuß. Frage doch ein anderes Resultat als bisher heraus. — Wenn Jemand im Stande ist, der Majorität des Frankfurter Parlaments die Verhältnisse in Preußen, wie sie wirklich liegen, darzustellen, so ist es Herr Rodbertus, der begeistert für die Einheit und Freiheit Deutschlands, mit dem Enthusiasmus den Ernst und den scharfen Blick eines wahrhaften Staatsmannes besitzt. — Herr Gierke ist vorläufig noch in Frankfurt geblieben. — Die Brandenburger Versammlung vertagt sich heute wieder auf morgen, die Einberufung der Stellvertreter soll vor sich gehen. — Herr Reichensperger ist heut von Brandenburg hier herüber gekommen, es scheint jedoch, daß sein Aufenthalt hier keinen polit. Zweck zum Grunde hat. — Hr. Parrisius ist van Brandenburg zurückgekehrt, ohne daß er es über sich gewinnen konnte, auch nur in der dortigen Versammlung zu erscheinen, um einen Protest gegen dieselbe einzulegen, wie er dies bei seiner Hinreise Willens war. — Man spricht bereits in der Stadt davon, daß die hier anwesenden Abgeordneten auf Befehl des Herrn v. Wrangel würden ausgewiesen werden, event. soll Herr v. W. bereits die Verhaftsbefehle gezeichnet haben. Ob das Gerücht glaubwürdig, vermögen wir nicht zu prüfen. — Der weiße Saal im königl. Schlosse, so erzählt man, soll zum Sitzungssaal für die National-Versammlung eingerichtet werden. — Herr Müller (der Präsident des Lindenklubbs), dessen Verhaftung wir gestern mittheilten, ist dem Kriminalgericht übergeben. Man sagt, daß er in dem Prozesse wegen Fortnahme der Eisengittee kompromittirt sei. — Von dem Abgeordneten für Fischhausen, Herrn Pieper, bekannt durch seine Aeußerung „ich bin Rechte, Linke, Centrum", ist nunmehr auch ein lithographirtes Portrait erschienen.

∗ **Berlin**, 29. Novbr. [Konstitutionelle Korrespondenz.] Wie verlautet, hat die Politik der Krone, welche noch vor drei Tagen extreme Schritte (Auflösung der Kammer, Octroyirung ꝛc.) erwarten ließ, eine empfindliche Veränderung erlitten, und wird man sich, Dank dem berühmten Rechtsbodenvertheidiger Herrn v. Vincke! nunmehr mit gemäßigten Maßregeln (Einerufung der Stellvertreter) begnügen und so lange als möglich an dem Vereinbarungsprinzipe festhalten. Selbst die Einberufung der Stellvertreter aber dürfte sich als überflüssig ausweisen, da ziemlich zuversichtlich behauptet wird, daß, wenn gleich die Linke alles aufbietet, ihre nicht ganz zuverläßigen Mitglieder nach Hause zu schicken, doch übermorgen gegen 220 Abgeordnete in Brandenburg versammelt sein werden. Ob die sogenannte gemäßigte Linke (v. Berg—Rodbertus) einen ähnlichen Schritt beabsichtigt, scheint weniger gewiß und halten wir im Gegentheil für wahrscheinlicher, daß wenigstens die Führer dieser Partei es vorziehen werden, ihr Mandat niederzulegen, um dann die Wiedererwählung zum Eintritt in Brandenburg zu erwarten. Der zu dieser Partei gehörige Parrisius scheint endlich mit sich darüber im Reinen zu sein und seinen vor 8 Tagen geäußerten Entschluß, nach Brandenburg zu gehen, nicht ausführen zu wollen. Dieser und ähnliche Entschlüsse scheinen ihre Entstehung dem Einflusse des eben von Frankfurt zurückgekehrten Rodbertus zu verdanken, der (mit oder wieder besseres Wissen) schon für die nächste Zeit eine für die hier zurückgebliebenen Parteien günstige Entscheidung des Reichsparlaments in Aussicht stellt. — In der gestern abgehaltenen Sitzung des für die brandenburger Versammlung provisorisch gebildeten Direktoriums ist beschlossen, nur denjenigen Abgeordneten Diäten anzuweisen, welche sich als in Brandenburg anwesend persönlich gemeldet haben. — Zu den gestrigen Fraktionsberathungen in Brandenburg wurde auch einem der Reichskommissare Zutritt gestattet.

(Bekanntmachung.) Durch meine Bekanntmachung vom 13ten d. Mts. und durch spätere besondere Verfügungen ist der Druck und die Verbreitung nachbenannter hier erschienener Zeitschriften: 1) der Reform, 2) der Zeitungshalle, 3) der Lokomotive, 4) der Republik, 5) der Volksblätter, 6) der ewigen Lampe, 7) des Krakehlers, 8) des Kladderadatsch, 9) der Bürger- und Bauern-Zeitung, 10) des Pommern-Vereins-Blattes, 11) des Publizisten, ebenso aller Plakate und Flugschriften, mit Ausnahme von obrigkeitlichen Bekanntmachungen. Anzeigen von öffentlichen Vergnügungen, Auktionen, Verkäufen, gestohlenen, verlorenen oder gefundenen Sachen, für die Dauer des Belagerungs-Zustandes verboten worden. — Nachdem das königliche Polizei-Präsidium auf meine Veranlassung den Handel mit politischen Druckschriften auf öffentlichen Straßen und Plätzen untersagt hat, sind die oben bezeichneten verbotenen Zeitschriften und Plakate noch durch die Buchhandlungen und im Privatwege durch Kolporteure verbreitet worden. Da dies den Zwecken deß Belagerungs-Zustandes entgegen ist, so bestimme ich hierdurch: daß der Verkauf dieser Zeitschriften und Blätter in den Buchl7den, so wie jede andere Verbreitung derselben, verboten und die Polizei-Behörde gehalten sein soll, dieselben überall in Beschlag zu nehmen und an mich auszuliefern. — Zugleich behalte ich mir vor, solche Buchläden, wo dessenungeachtet ein derartiger unstatthafter Handel fortgesetzt werden sollte, event. gänzlich schließen zu lassen. Berlin, den 28. November 1848. Der Ober-Befehlshaber in den Marken, von Wrangel.

Die Vermuthung gewinnt Wahrscheinlichkeit, daß Herr v. Vincke den Auftrag erhalten werde, ein neues Ministerium zu bilden. (Voß. Z.)

[Hinter den Koulissen.] Ein Berliner Korrespondent schreibt der Weser-Zeitung: „Aus guter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß Herr v. Radowitz in einem schriftlichen Memoire bereits Anfang Oktober gerathen, den entscheidenden Gewaltschritt zu thun und in demselben bereits alle Maßregeln angegeben, welche jetzt getroffen worden sind und getroffen werden; Zusammenziehung der Landwehr in die Festungen, Vertheilung des Heeres in die großen Städte und Errichtung mobiler Kolonnen zur Zähmung und Beruhigung des Landes. — Zugleich sind dem Könige unabläßig die Artikel der englischen Tory-Journale, bei denen Herr Bunsen das Seinige redlich gethan, vorgelegt worden, die sich darüber aufhielten, daß Friedrich Wilhelm IV. weniger Muth habe und zeige, als der geistesschwache Ferdinand."

Potsdam, 28. Nov. Ihre Majestät die Königin von Sachsen und Ihre königl. Hoheiten die Prinzeß Johann von Sachsen nebst Höchstderen Tochter, Prinzeß Elisabeth, sind von Dresden; Se. Hoheit der Herzog von Braunschweig aus Braunschweig; Ihre königl. Hoheit die verwittwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin nebst Höchstderen Tochter, der Prinzeß Louise Hoheit, von Schwerin; Ihre königl. Hoheit die Frau Herzogin von Anhalt-Dessau; so wie Ihre Hoheit Höchstdero Tochter Prinzeß Agnes und der Erbprinz Friedrich Hoheit, von Dessau kommend, heute hier eingetroffen, und sind sämmtliche hohe Herrschaften im königl. Stadtschlosse abgestiegen. — Ihre Durchlaucht die Fürstin Liegnitz ist von Dresden in Potsdam eingetroffen.

† **Potsdam**, 29. Nov. [Die silberne Hochzeitsfeier.] Zur feierlichen Begrüßung des heutigen silbernen Hochzeitstages des königl. Ehepaarers erscholl diesen Morgen von drei militärischen Musikchören unter der Leitung des Kapellmeisters Rhode vom Garde-Jäger-Bataillon, welche im Kranze der Kuppel der neuen herrlichen Nikolai-Kirche hier aufgestellt waren durch Blase-Instrumente die Melodie: Nun danket alle Gott, der noch andere Melodien folgten; diese Musik machte einen erhebenden Eindruck auf Alle, welche ihn mit angehört haben. — Diesen Vormittag sind noch mehrere auswärtige Bürger-Deputationen zur Beglückwünschung des königlichen Ehe-Jubel-Paares mit Geschenken hier eingetroffen. — Seit 11 Uhr treffen das diplomatische Corps nebst den Damen im höchsten Glanzanzuge, ferner die Geistlichkeit aller Konfessionen von Berlin und hier im königlichen Schlosse, wie auch andere hochgestellte Notabilitäten hier ein. Eben so sehen wir die Generalität, und viele fremde Offiziere mit dem hiesigen Offizier-Korps und die höchsten Civil-Personen in Galla ins Schloß eintreten. Gegen 12 Uhr trafen auch die beiden Großherzöge von Mecklenburg-Strelitz und Schwerin im königlichen Schloß ein. Die hiesige Bürgerwehr erscheint ebenfalls in einer Deputation, um eine Glückwunsch-Adresse abzugeben. Die königliche Festtafel findet auf Sanssouci statt, wo seit diesem Morgen alle Fontainen springen.

∗ **Potsdam**, 29. Nov. [Die silberne Hochzeitsfeier.] Gestern waren zwei Damendeputationen von Berlin hier, um JJ. MM. dem Könige und der Königin Glück zu wünschen zur Feier ihrer silbernen Hochzeit, von Seiten der unter hoher Protektion der Königin stehenden Elisabethschule. Sie überreichten der Königin einen von ihrer Hand gestickten Fuß-Teppich und einen gestickten Ofenschirm, beides Werke der Nadel von großer Schönheit. — Heute, als an dem Tage der Feier der hohen Vermählung vor 25 Jahren, wurde der Königin ein, von dem hiesigen Hofjuwelier Goldbeck angefertigter Brautkranz von mattem Silber, mit glänzenden Knospen und matten Blüthen überreicht, der durch getreue Nachahmung der Natur, vollendete Arbeit und Fülle der Zweige, als ein wahres Kunst- und Meisterwerk anzuerkennen ist. Herr Goldbeck hat auch eine treffliche silberne Vase angefertigt, welche Se. k. H. der Prinz von Preußen J. M. der Königin geschenkt hat. Unter den verschiedenen Deputationen, die heute zur Beglückwünschung vorgelassen wurden, bemerkten wir eine von Bürgern aus Berlin, die eine mit zahlreichen Unterschriften bedeckte Ergebenheits- und Beglückwünschungs-Adresse überbrachten. Auch von Seiten der hiesigen Bürgerwehr ist eine solche Adresse durch eine Deputation überreicht worden. Heute Mittag fand in den schönen Sälen des neuen Bahnhofgebäudes, Mittags ein Festmahl von etwa 400 Couverts zur Feier der königlichen silbernen Hochzeit statt, bei welchem alle Stände vertreten waren. Abends war für denselben Zweck Souper und Ball im Schützenhause. — Die Mittheilung aus Berlin, daß JJ. MM. der König und die Königin am 27. nach Paretz gegangen seien und dort bis zum 29. bleiben würden, ist unbegründet.

Münster, 27. Nov. [Krawall.] Traurige Vorfälle haben sich bei Gelegenheit einer gestern Abend in der Knappschen Reitbahn abgehaltenen Volksversammlung zum innigen Leidwesen aller gutgesinnten Bürger Münsters ereignet. Die Veranlassung gab ein gewaltsamer Angriff mehrerer Soldaten des 15. Inf.-Regiments, wovon bekanntlich seit Kurzem 1 Bataillon statt des abwesenden des 13. Inf.-Regiments hier eingerückt ist, auf jene Versammlung. Da es in diesem Augenblicke an zuverlässigen näheren Angaben über die beklagenswerthen Ereignisse noch fehlt, so wollen wir der bereits eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung nicht vorgreifen, werden jedoch deren Ergebniß ungesäumt mittheilen. — Leider haben mehrere Verwundungen stattgefunden, welche jedoch wie wir hoffen, nicht den Tod der Verletzten herbeiführen werden. — Die Aufregung in der Stadt ist in diesem Augenblicke groß. (W. M.)

Düsseldorf, 28. Nov. Der Regierungs-Präsident von Spiegel veröffentlicht die nachstehende allerhöchste Kabinets-Ordre:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. In Erwägung, daß die Bürgerwehr der Stadt Düsseldorf in neuerer Zeit mehrfache Verletzungen der §§ 1 und 4 des Gesetzes wegen Errichtung der Bürgerwehr vom 17. Oktober d. J. sich hat zu Schulden kommen lassen, daß namentlich das Bürgerwehr-Kommando in einer Bekanntmachung vom 18. d. M. offen zum Widerstand gegen die rechtmäßige Staatsgewalt aufgefordert hat, — daß dieses Kommando ferner den Staats-Behörden

die Verpflichtung hat auferlegen wollen, der gesetzwidrigen, zu einer Steuer-Verweigerung auffordernden Beschluß eines Theiles der zur Vereinbarung der Staats-Verfassung berufenen Abgeordneten in Ausführung zu bringen, — daß die Bürgerwehr am 19. d. M. bewaffnet bei einer Parade über öffentliche Angelegenheiten berathen und sich der geordneten öffentlichen Macht zu widersetzen beschlossen hat, — daß endlich mehrere Offiziere der Bürgerwehr in dieser ihrer Eigenschaft in die Räume der Post-Anstalt eingedrungen sind und unbefugter Weise die amtliche Thätigkeit der Post-Verwaltung gehemmt haben, ohne daß gegen die Excedenten dienstliche Rüge verhängt worden, — verordnen hierdurch auf den Antrag Unseres Ministers des Innern in Gemäßheit des § 3 des angezogenen Gesetzes, welcher lautet: „Durch königliche Verordnung kann aus wichtigen, in der Auflösungs-Ordre anzugebenden Gründen, die Bürgerwehr einzelner Gemeinden oder Kreise ihres Dienstes enthoben oder aufgelöst werden.“ „Die Dienst-Enthebung darf nicht länger als sechs Monate dauern. Im Falle einer Auflösung muß die Verordnung wegen der neuen Organisation der Bürgerwehr binnen drei Monaten erfolgen.“ — was folgt: Die Bürgerwehr der Stadt Düsseldorf ist hiermit aufgelöst. Die betreffenden Behörden sind mit der Ausführung dieser Ordre beauftragt. Gegeben Bellevue, den 25. November 1848. (gez.) Friedrich Wilhelm, und gegengezeichnet: von Manteuffel.“

(Sämmtliche rheinische Blätter sind ausgeblieben. Vorstehende Mittheilungen aus Münster und Düsseldorf sind bereits mit dem am 29. d. M. Abends eingetroffenen Berliner Postzuge angekommen.

Deutschland.

□ **Frankfurt a. M.**. 27. Nov. [123ste Sitzung der deutschen verfassunggebenden Nationalversammlung.] Der Vorsitzende theilt ein Verzeichniß mit über eingegangene Beiträge zur Gründung einer deutschen Kriegsflotte; sodann wird ein Schreiben des Reichsjustizministers an das Präsidium der Nationalversammlung verlesen, um die Ermittelung eines Abgeordneten zu veranlassen, der am Abend des Tages, wo die Ermordung der Abgeordneten Lichnowsky und Auerswald stattgefunden, in einem Wirthschaftslokale anwesend gewesen, woselbst ein verhaftetes Individuum auf die verübte That Aeußerungen fallen lassen, deren Constatirung festgestellt werden solle. Eine weitere Veranlassung wird nicht für nöthig erachtet, da der betreffende Abgeordnete, behufs der Zeugenvernehmung vor dem peinlichen Verhöramte hier sich stellen werde. — Levysohn aus Grünberg verliest eine Interpellation an das Reichsministerium, um zu erfahren, welche Schritte geschehen in Folge der am 14. und 20. d. M. gefaßten Beschlüsse der Nationalversammlung bezüglich der preußischen Angelegenheiten, damit die Krone Preußen sich mit einem volksthümlichen Ministerium umgebe, welche Gründe vorhanden, daß der Schutz nur für die Einführung eines solchen Ministeriums und der dem Volke verheißenen Rechte und Freiheiten zugesichert, dagegen die Steuerverweigerungsfrage als ungesetzlich betrachtet werde, und was zum Schutze dieser verheißenen Rechte oder zur Abstellung der schon erfolgten Beeinträchtigung geschehen sei. Reichsminister des Innern wird Freitag den 1. Dezember darauf antworten. — Dahlmann aus Bonn im Namen des Verfassungsausschusses zeigt an, daß der Bericht über den Abschnitt der Verfassung, die Vertretung auf dem Reichstage betreffend, nämlich in das Staaten- und Volkshaus zerfallend, gefertigt sei, und demnächst gedruckt vertheilt werde. — Beseler aus Greifswalde Namens des Verfassungsausschusses zeigt an, daß die verschiedenen Anträge und Petitionen bezüglich der Mediatisirungsfrage bearbeitet seien, und die Majorität den Uebergang zur motivirten Tagesordnung beantrage. Eine Minorität, aus den Herren Wigard, Römer und Schreiner bestehend, verlange jedoch, daß die Centralgewalt die Mediatisirung der kleineren deutschen Staaten, und deren etwaige Vereinigung auf dem Wege des Vertrages vermitteln wolle; die Herren Waitz, Somaruga, Ahrens und Zell sind zwar mit den Motiven des Berichtes einverstanden, verlangen aber, daß die Reichsgewalt das Zusammenlegen kleiner Staaten nach Kräften befördern und nach Umständen die Vereinigung kleiner Staaten mit größeren vermitteln wolle. — Gleichzeitig zeigt der Berichterstatter an, daß der Druck der Grundrechte behufs der zweiten Berathung erfolgt sei, und damit vorgeschritten werden könne. — Rotenhan aus München im Namen des Finanzausschusses zeigt an, daß derselbe seinen Bericht über die Vorlage des Budgets im Laufe der Woche ertheilen werde. — Vorsitzender verließ hierauf einen dringenden Antrag des Abgeordneten Lassaulx aus München, daß zur Wahrung der deutschen Ehre die Anwendung des Gesetzes vom 30. September zum Schutze der Abgeordneten gegen gerichtliches Verfahren auf diejenigen nicht anzuwenden sei, welche ihren Platz in der Nationalversammlung verlassen, **um sich an Orte zu begeben, wo Unruhen ausgebrochen, und dort an Meuterei und Empörung Theil nehmen,** sondern dieselben der Strenge des Gesetzes anheimzugeben. Wird an einen Ausschuß verwiesen. Der Antrag des Finanzausschusses:

„Die hohe Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium gegen seinerzeitigen, vollständigen Nachweis über den wirklichen Bedarf und die Verwendung einen Kredit bis zu der in dem Budget postulirten Summe von 1,750,000 fl. zu dem Ende bewilligen, damit die unmittelbar zu zahlende baare Vergütung für die tarifmäßigen Naturallieferungen, welche die im Reichsdienste befindlichen Truppen von ihren Wirthen zu fordern haben, sofort geleistet werde.“

wurde zur Berathung gebracht und angenommen. — Hierauf führte die Tagesordnung zur allgemeinen Berathung über das Reichsgericht, worüber die Abgeordneten M. Mohl, Tellkampf, Breuning, Zachariä von Göttingen, Plathner, Mittermaier und zuletzt der Berichterstatter v. Soiron sprachen.

C.-B. **Frankfurt a. M.**, 27. Nov. [Tagesbericht.] Vorgestern Abend traf hierselbst der militärische Schriftsteller und zugleich Führer beim letzten Wiener Aufstande, Fenner von Fenneberg, ein, dem die Flucht aus Oesterreich unter großen Mühen und einer Verkettung der seltsamsten, abenteuerlichsten Schicksale gelang. Wie bei den übrigen österreichischen Flüchtlingen, so ist auch bei diesem wenig Niedergeschlagenheit in Bezug auf seine politischen Hoffnungen zu bemerken. In Oesterreich, so lautet die ewige Wiederholung aller, hat die Bewegung erst angefangen, und gerade die Mittel, die man zu ihrer Unterdrückung ergriff, sind am meisten geeignet, einen weit größeren Brand anzufachen, als bei dem entschiedenen Uebergange vom absoluten zum konstitutionellen Staat, wie ihn allein das österreichische Volk beabsichtigt habe, in Aussicht stand. — Die Todtenfeier zu Ehren Blums in Offenbach hat gestern stattgefunden, aber keineswegs in der Weise, als man sie beabsichtigt hatte. Die Reichs-Kommandantur zu Frankfurt hatte nämlich an die Kommandantur zu Offenbach den Befehl ergehen lassen, gestützt auf das Gesetz zum Schutze der Nationalversammlung, jeden öffentlichen Aufzug und jede Volksversammlung im Freien zu verhindern. An eine solche hatte man allerdings gedacht. Tausende fuhren dazu von Frankfurt auf der Eisenbahn hinüber und führten florumwundene Fahnen zum Traueraufzuge mit sich. Bei der Ankunft fand man jedoch das Verbot vor, nachdrücklich unterstützt von Pikets baierischer Truppen, die in feldmäßigem Zustande an den Straßen-Ecken aufgepflanzt waren und durch die Stadt patrouillirten. In den umliegenden Ortschaften, Oberrad, Niederrad u. s. w. wurde das Verbot noch strenger gehandhabt, indem man von ihnen aus durchaus keinen gemeinschaftlichen Zuzug nach Offenbach verstattete. So beschränkte sich die Feier denn auf den kirchlichen Akt und auf Trauerreden im Schlosserschen Saale. Der deutschkatholische Prediger Keilmann hielt eine gewandte Rede, die sich um Hauptschlagworte aus Blums parlamentarischer Thätigkeit drehte. Im Schlosserschen Saale sprachen Wigard, Roßmäsler u. Wlowek; außerdem ein Schneidergesell, Delffs aus Köln, der in Blum den Mann aus dem Arbeiterstande hervorhob, der Alles, was er gewesen, durch Fleiß geworden sei, und die innige Verwandtschaft des Fleißes und der Freiheitsliebe an sich selbst bewiesen habe. Die Haltung der Volksmassen während des ganzen Nachmittags war ruhig; selbst als einer Turnerschaar vom Militär die Fahne gewaltsam fortgenommen wurde, duldete man es, ohne ein Wort zu verlieren. — Rodbertus ist nun doch von Berlin angekommen, und hat gestern Abend im Saale des Weidenbusches eine Auseinandersetzung, vorzüglich mit Mitgliedern der Majorität gehabt. Die Urtheile darüber sind je nach der Parteistellung desjenigen, der referirt, außerordentlich verschieden. Nach der Ansicht von Mitgliedern der Rechten hätten die Darstellungen des Rodbertus der Bassermannschen Berichterstattung keineswegs ihre Bedeutung und Glaubwürdigkeit genommen, der thatsächliche Inhalt derselben sei durch alles, was Rodbertus gesprochen, nur bestätigt worden, und die Nationalversammlung müsse sich nun erst recht in dem Benehmen, das sie der konstituirenden preußischen Versammlung gegenüber eingeschlagen, bestärkt fühlen. Andere dagegen wollen Bassermanns Stellung dem Publikum so wie der Nationalversammlung gegenüber fortan als eine sehr mißliche betrachtet wissen, die eine weitere politische Wirksamkeit Bassermanns nicht wohl auf lange Zeit mehr verstatten möchte. Als Persönlichkeit macht Rodbertes einen sehr wohlthuenden Eindruck; der Ernst und Enthusiasmus, den die großen Geschicke der Berliner Versammlung allen Mitgliedern derselben aufgedrückt zu haben scheinen, tritt hier in sehr gemessener und würdiger Haltung auf. Jedenfalls spielt dieses Wesen, nicht, wie wohl der Dünkel meinte, die Rolle einer Folie für die deutsche Nationalversammlung. — Die vereinigte Linke der Nationalversammlung hat jetzt den Anfang zu einer durchgreifenden Organisation der demokratischen Partei gemacht. Sie hat die Stiftung eines allgemeinen deutschen Märzvereins, zur Sicherung der Errungenschaften jenes denkwürdigen Monats, beschlossen und sich selbst als das Centrum desselben konstituirt. Ganz Deutschland soll mit einem Netz von Filialvereinen bedeckt werden, die nur nach gemeinschaftlichen Beschlüssen thätig sein und handeln würden. Die People'sleague in England, an deren Spitze Cobden steht, mag das Vorbild dazu gegeben haben. Bisher ist übrigens die Demokratie in Organisationen nicht sehr glücklich gewesen und wohl aus leicht erklärlichen Gründen, da ihr inneres Wesen das der Kritik ist. — Rodbertus will, so viel wir vernehmen, heut schon wieder nach Berlin zurückkehren, es scheint, daß er seine Sendung als eine verfehlte betrachtet. Gierke dagegen, der Gesandte des Berliner rechten Centrums, scheint entschlossen, noch länger hier zu bleiben.

Mannheim, 24. Novbr. [Bedenkliche Zustände.] Wie sehr ich recht hatte, als ich Ihnen vom Oberlande schrieb, daß es noch nicht ruhig war, werden Sie nun selbst nach den offiziellen Artikeln der „Karlsruher Zeitung“ zugestehen müssen. Vom Kriegsministerium aus wurde daher auch der Erlaß gegeben, daß nur zuverlässige Leute und nur in dringenden Fällen in Urlaub gelassen werden sollen. Es läßt sich nicht läugnen, daß wir über einem Krater stehen, welcher jeden Augenblick loszubrechen droht.

(Deutsche Z.)

Oesterreich.

C.-B. **Wien**, 28. November. [Vermischte Nachrichten.] Fürst Windischgrätz hat gestern sein Hauptquartier zu Schönbrunn verlassen und sich nach Hainburg, einer Stadt, 1½ Stunde von der ungarischen Gränze, an der nach Preßburg führenden Hauptstraße gelegen, sammt seinem Gefolge begeben. — Der Ban Jellachich ist gestern zur Armee abgegangen. — Die hiesigen Fleischhauer sind mit ihrem Gesuche um Erhöhung der Fleischsatzung abgewiesen worden; wornach mehrere den Betrieb ihres Gewerbes einzustellen gedenken. — Der Gemeinderath wurde verhalten, sowohl dem Aerar als auch Privaten, für die in den Kasernen während der Belagerung Wiens abhanden gekommenen Effekten volle Entschädigung zu leisten. — Sehr viele Studenten beabsichtigen Wien zu verlassen und sich in Gesellschaft an die Universität nach München zu begeben, um dort die Studien, welche ehestens beginnen sollen, wieder fortzusetzen. — Die Posten kommen aus Deutschland in größter Unregelmäßigkeit an. Man hat sich schon daran gewöhnt, die Zeitungen und Briefe um 4 bis 6 Tage später als in früherer Zeit zu erhalten. — Man spricht hier von einer freiwilligen Anleihe, welche zur Deckung der außerordentlichen Staatsbedürfnisse gemacht werden soll. Das Anlehen soll aus 60 Millionen Gulden in Baaren bestehen, zu dessen Bezahlung alle Staatseinkünfte, namentlich aber die Zollerträgnisse verwendet werden und für welches alle Klostergüter haften sollen. — Aus Böhmen und Mähren langen mit den Eisenbahnzügen fortwährend große Massen Truppen, Geschütze und Pontons an, welche ihren Weg gegen die ungarische Gränze in Eilmärschen einschlagen. — Unter den Truppen, welche die Garnison Wiens bilden werden, befinden sich auch einige Bataillons Grenzer. — Es wird behauptet, daß gestern Abend und heute Morgens starker Kanonendonner gegen die ungarische Grenze gehört worden sei.

N. B. **Wien**, 28. November. [Tagesbericht.] Die Nachrichten aus Ungarn lassen den befriedigenden Ausgang der Dinge viel schneller hoffen, als noch vor kurzer Zeit gewärtigt wurde. Bereits sind 11 Eskadronen Husaren und 2 Infanterie-Bataillone bei Malatzka zu den k. k. Truppen übergegangen und haben sich dem Armeekorps des FML. von Simunich angeschlossen. Sicherem Vernehmen nach täuschen sich die ungarischen Machthaber auch nicht über ihre Lage und bieten die Hand zu ihrer Unterwerfung auf Grundlagen, welche der Regierung freieren Spielraum als vor den Märzereignissen gewähren würden. Allein die Gelegenheit ist allzu günstig, als daß man sich dieselbe entgehen ließe, um die Herrschaft wieder in einer Art zu erlangen, welche allen Nationalitäten zur gleichen Berechtigung verhelfen und zugleich eine verhältnißmäßige Repartition der Gesammtlasten herbeiführen soll. — Die beiden hier noch amtirenden ungarischen Staatsräthe Georg Bartal und Michael Pletthy wurden vom Fürsten Windischgrätz beauftragt, ihre Funktionen einzustellen und innerhalb 24 Stunden Wien zu verlassen, welchem Auftrage sie auch bereits nachgekommen sind. — Die Walachen haben die k. Bergstadt Zalathna in Siebenbürgen räuberisch überfallen und die dortigen Bergwerksbeamten erschlagen. — Personen, die das Programm des Grafen Stadion kennen wollen, versichern, von der Freisinnigkeit desselben überrascht worden zu sein. Uebrigens soll man in Olmütz die Dinge in Wien trotz der höchst servilen Adressen einzelner Korporationen bereits auf die höchste Spitze getrieben finden und die letzt verhängten Todesurtheile — dasjenige Messenhausers eingeschlossen — sollen sich keines Anklangs zu erfreuen gehabt haben. Man glaubt dem Belagerungszustand mit Ende d. J. ein Ziel gesetzt und auch den Reichstag zu dieser Zeit wieder nach Wien verlegt zu sehen. Die demselben zunächst gestellte Aufgabe dürfte die Gesetzentwürfe über die Presse, die Association und die Nationalgarde umfassen. — Ministerialrath Fischhof hat auf seine Stelle resignirt, ungeachtet er wie-

derholt zum Beibehalt derselben aufgefordert wurde, und wird sich vorerst ganz seinem Berufe am Reichstage widmen. — An der Börse wollte man die obige Nachricht von dem Uebertritt ungarischer Truppen bezweifeln. — Bei der gestern abgehaltenen Versammlung der hiesigen Wähler nach Frankfurt waren die österreichischen Deputirten Mühlfeld, Egger und Mayern anwesend. Man beschloß, gegen die in den §§ 2 und 3 der Reichsverfassung enthaltenen Bestimmungen zu protestiren und auf eine Abänderung derselben zu dringen. In einer demnächst wieder abzuhaltenden Versammlung sollte eine Adresse in diesem Sinne entworfen werden. — Die National-Bank-Direktion überreichte heute dem Fürsten Windischgrätz eine Dankadresse.

N. B. **Wien**, 29. Novbr. [Der Reichstag.] Sowohl die Nichtigkeitserklärung der Reichstagssitzungen vom 28., 29., 30. und 31. Oktober ab, als das Programm des Ministeriums haben eine fast ungetheilte freudige Stimmung hervorgebracht. (S. Kremsier und Olmütz.) Man hält das Ministerium für gesichert und glaubt, daß es in der Regel über 140 bis 160 Stimmen disponiren könne, während die Linke höchstens 30 als sicher zählt, und nun neuerdings durch freiwilligen oder aufgenöthigten Rücktritt mehrerer einflußreicher Mitglieder sich bedeutend geschwächt finden dürfte. So hat Pillersdorf sein Mandat bereits zurückgelegt und Violand, Schwarzer und Goldmark sollen Mißtrauensvoten erhalten. Allerdings wird es auf die Art und Weise ankommen, wie die Minister ihr Programm durch ihre Handlungen auslegen werden. Das Vertrauen zu den Finanzen muß sich erheblich dadurch stärken, daß durch die energischen Manifestationen, welche das Ministerium an den Tag legt, der Besitz der reichsten und schon als verloren erachteten Provinzen jetzt erst zur Wahrheit erhoben werden soll. — Die Abgeordneten Doliak, Slawik, Gschnitzer, Potocki, Zamoiski haben ihre Mandate zurückgelegt; ein Gleiches wird von Doblhoff versichert. Letzterer hat sich vor einigen Wochen mit einer Dame von ausgezeichneter Schönheit aus dem Bürgerstande verehelicht. — Die Berathung der Grundrechte soll in den Sektionen beschleunigt werden.

C. B. **Wien**, 29. Novemb. [Tagesbericht.] Dumpftönender Kanonendonner, den wir heute von der ungarischen Gränze hörten, verkündete uns, daß Ungarn einen neuen Abschnitt seiner Geschichte blutig betreten und die über das künftige Geschick dieses Reiches entscheidende ernste Stunde bereits geschlagen habe. — Vorgestern fand im Hofkriegsrathsgebäude eine Versammlung sämmtlicher Militär-Autoritäten, welche sich hier befinden Statt, um sich über die Thunlichkeit der Aufhebung des Belagerungszustandes zu berathen. Dem Vernehmen nach dürfte derselbe bald zu Ende sein. — Der Reichstag soll, wie ein hier cirkulirendes Gerücht, welches auch die Prager-Zeitung brachte, bis 1. Jänner prorogirt und werden und dann seine Verhandlungen wieder in Wien fortsetzen; wodurch der Kaiser den Wienern ein Zeichen seines Vertrauens geben will. — Dr. Fischhof wird auf Verlangen des Grafen Stadion seinen Ministerialrathsposten nicht verlassen. — Professor Wolf aus Salzburg, welcher verhaftet war, weil er im Oktober mit 36 Studenten den Wienern zur Hilfe eilte, ist gestern seines Arrestes entlassen worden. — Von den Familien, welche im Oktober aus Wien flüchteten, fehlen in der inneren Stadt allein noch 487. — Die Börse lebhaft. Die Course stiegen wegen des ministeriellen Programms und in der Hoffnung der Aufhebung des Belagerungszustandes.

△ **Kremsier**, 27. Novbr. [Reichstagsverhandlungen.] Am ½ 11 Uhr wurde die heutige Sitzung vom Präsidenten Smolka eröffnet, welcher statt wie gewöhnlich die Zählung, das Namensverzeichniß der Deputirten vorlesen ließ. Es waren 296 Mitglieder anwesend. Von den Ministern war keiner zugegen. Nachdem das Namensverzeichniß abgelesen war, ergriff Paul das Wort, indem er in Beziehung auf den heute vor Beginn der Sitzung vertheilten stenographischen Bericht der Sitzung vom 22. d. darauf hinwies, daß darin ein bedeutender Druckfehler sich kund gebe, indem es dort heiße, „52. Sitzung des konstituirenden Reichstages" da doch die 51. Sitzung schon am 5. Oktbr. war, und auf diese Art alle im Oktober abgehaltenen Sitzungen desavouirt wären, welche doch selbst von Sr. Majestät anerkannt worden sind. Der Präsident giebt hierauf die Erklärung, die Abstellung dieses Druckfehlers bewirken zu wollen. Höllriegl stellt aber den Antrag, eine hohe Reichsversammlung wolle beschließen, die Protokolle von den Oktobertagen als nicht legal, nicht anzuerkennen, welcher Antrag von der Rechten mit stürmischem Beifall begrüßt, von der Linken aber mit lärmendem Unwillen zurückgewiesen wurde. Eine stürmische Debatte wurde hierdurch in Anregung gebracht. Rieger hatte sich verpflichtet, den Reichstag im Oktober nicht anzuerkennen, da er nicht zugegen war, die Provinz Böhmen hätte an den Verhandlungen nicht Theil genommen, so auch Tyrol, dem aber von der Linken durch den Zuruf „Nicht wahr" widersprochen wurde. Er begründete seine Abwesenheit dadurch, daß er nach dem 6. Oktober nicht so frei von dem ritterlichen Helden Jellachich hätte sprechen können, als er es vor dem 6. gethan. Er weicht häufig von der eigentlichen Sache der Verhandlung ab, weswegen er nach mehrmaligem Zuruf von der Linken endlich vom Präsidenten zur Sache gerufen wurde. Im Verlauf seiner Rede fordert er die Linke auf, doch konsequent zu sein, er wies darauf hin, wie wenig die Beschlüsse des Reichstages im Oktober beachtet worden wären, führte den Beschluß an, in welchem Windischgrätz's Verfahren als ungesetzlich erklärt wurde, er müsse daher nach Consequenz dieses Beschlusses zur Verantwortlichkeit gezogen werden, warum thue man dies nicht? Der Sicherheitsausschuß aus dem Reichstage hervorgegangen, habe Messenhauser mit dem Oberkommando der Nationalgarde betraut, Windischgrätz habe ihn standrechtlich erschießen lassen, sei der Feldmarschall deswegen ein Mörder? (Von der Linken: „Ja! Ja"). Mit ähnlichen Beweisgründen fuhr er in seiner Rede fort. Er schließt damit, daß er diejenigen, die diese Protokolle als gültig verfaßt haben, zur Verantwortung zieht, und die Gegenpartei auf die Stunde verweist, wo sie dem ewigen Richter auf der Armen-Sünderbank wird Rechenschaft geben müssen.

Schuselka erwiedert, daß er es unter seiner Würde und der Würde seiner Partei halte, auf die kriminalistische Anklage des Herrn Rieger, welche auf Hochverrath lautet, zu antworten. Er erwiedert auf die Einwendung des Abgeordneten Hellriegl, der Kaiser habe im Patent vom 29. Okt., welches an den Präsidenten des Reichstags gerichtet, den Präsid. mit der Prorogation nach seinem Ermessen beauftragt, und die vom Reichstage beschlußfähig abgesandte Deputation wurde am 26. von Sr. Majestät als Deputation des Reichstags anerkannt und angehört, wodurch Se. Majestät das, was nach dem 22. geschehen, noch am 26. anerkannt hat. Der Reichstag wurde demnach erst dann provogirt, als es der Herr Präsident für unumgänglich nothwendig erklärte.

Braune spricht sich dahin aus, ganz mit dem Redner Rieger einverstanden zu sein. Er berührt die Schrecknisse der Wiener Revolution, die Nothwendigkeit der Verlegung des Reichstags nach Kremsier und mahnt die Versammlung nicht durch das Bestehen auf der Verlesung der Protokolle eine Revolution anzuerkennen, die in ihren Motiven die schändlichste, in ihrem Prinzipe die wahnsinnigste und in ihren Folgen die unverantwortlichste ist.

Mach beantragte 10 Min. Bedenkzeit, dann wurde zu namentlicher Abstimmung geschritten, woran 277 Mitglieder Theil nahmen, 143 stimmten mit ja, 124 mit nein, des Stimmens enthielten sich 10, es ist somit der Antrag Hellriegls angenommen und die Protokolle wurden nicht verlesen. Mittlerweile erschien das gesammte Ministerium im Saale und nahm seine Plätze ein. Der Präsident verlas sodann ein von dem Minister-Präsidenten Fürst Schwarzenberg ihm zugekommenes Schreiben, dem ein Handschreiben Sr. Majestät beigefügt war, in welchem dem Fürst Schwarzenberg aufgetragen wurde, ein neues Ministerium zu bilden. In dem Schreiben des Minister-Präsidenten waren die Ihnen bereits bekannten Namen der Minister aufgezeichnet. Hierauf bestieg der Minister-Präsident Fürst Schwarzenberg die Tribüne und verlas das ministerielle Programm, welches mit ungetheiltem Beifalle aufgenommen wurde, (s. Olmütz.) — Schuselka verlangte sodann das Wort, um eine Anfrage an das gesammte Ministerium zu stellen. Er sei zwar durch das Programm des Ministeriums in die angenehme Lage versetzt, vor Allem Andern seinen aufrichtigen Dank für die vom Ministerium ausgesprochenen Grundzüge der künftigen Politik Oesterreichs auszusprechen. Er wolle nicht interpelliren, um die Reihe fruchtloser Interpellationen fortzusetzen, oder um jeden Preis gegen das Ministerium Opposition zu machen, er fühle sich im Interesse Oesterreichs der Dynastie verpflichtet, diese Fragen zu stellen. Wäre er ein Feind Oesterreichs, ein Feind der Dynastie, so würde er geschwiegen haben, allein er halte es für seine Pflicht, das Wort zu ergreifen. Er stellte demnach folgende Frage an das Gesammt-Ministerium:

1) Ob das neu ernannte Ministerium von dem Augenblicke, als es in die Geschäfte eingetreten ist, die volle Verantwortlichkeit für Alles übernehmen werde, was jetzt in Wien geschieht und in Ungarn geschehen wird, und ob Oesterreich noch länger unter militärischer Diktatur stehen soll, und ob das Ministerium gesonnen ist, in Wien jetzt noch das entsetzliche Gericht auf Leben und Tod, welches nun schon 4 Wochen lang dort geübt wird, fortbestehen zu lassen, es sei durch kein Verfahren der Dynastie so geschadet worden, wie durch jenes Blutgericht in Wien.

2) Frage er den Herrn Justiz-Minister, welcher unter dem Beifall von ganz Oesterreich und aller Menschenfreunde für Prag so schnell als möglich den gesetzlichen Zustand hergestellt hat, ob er nicht gesonnen sei, für seine Vaterstadt Wien dasselbe einzuleiten.

3) Erlaube er sich eine rein diplomatische Frage in Betreff der Stellung des Ministeriums, gegenüber der deutschen National-Versammlung in Betreff des traurigen Vorganges mit Robert Blum.

Der Minister-Präsident erbat sich eine schriftliche Mittheilung der Interpellation, und verspricht, in nächster Zeit im Sinne des Gesammt-Ministeriums darauf zu antworten.

Mehrere Urlaubsgesuche und die Festsetzung der Tagesordnung für die nächste am 30. November anberaumte Sitzung nahmen die übrige Zeit der Sitzung ein.

Olmütz, 27. Nov. [Programm des Ministeriums.] Wir erhalten so eben aus Kremsier das Programm des Ministeriums, welches in der heutigen Sitzung dem Reichstage vorgelegt wurde.

Meine Herren! Zu Folge der Berufung Sr. Majestät, ist der konstituirende Reichstag zur Fortsetzung der Berathung über die Verfassung zusammengetreten. Als das Vertrauen des Kaisers uns in den Rath der Krone berief, verkannten wir nicht die Schwierigkeit der Aufgabe, die Größe der Verantwortlichkeit gegenüber dem Throne, wie dem Volke. Wunden aus der Vergangenheit sind zu heilen, Verlegenheiten des Augenblicks zu beseitigen, eine neue Ordnung der Dinge in der nächsten Zukunft aufzubauen. Das Bewußtsein eines redlichen Strebens für das Wohl des Staates, des Volkes und für die Freiheit, das Vertrauen auf Ihre Mitwirkung bei dem großen Werke, bestimmten uns, persönliche Rücksichten der Liebe für das Vaterland zu opfern und dem Rufe des Monarchen zu folgen. — Wir übernehmen die Handhabung der Regierungsgewalt aus den Händen Sr. Majestät zugleich mit der Verantwortlichkeit, fest entschlossen, jeden unverfassungsmäßigen Einfluß fern zu halten, aber eben so wenig Eingriffe in die vollziehende Gewalt zu gestatten. — Einig in den Grundsätzen, werden die Worte und Handlungen eines jeden von uns der Ausdruck der Politik des gesammten Ministeriums sein. Wir wollen die konstitutionelle Monarchie aufrichtig und ohne Rückhalt. Wir wollen diese Staatsform, deren Wesen und gesicherten Bestand wir in der gemeinschaftlichen Ausübung der gesetzgebenden Gewalt durch den Monarchen und die Repräsentanten-Körper Oesterreichs erkennen, — wir wollen sie begründet auf der gleichen Berechtigung und unbehinderten Entwicklung aller Nationalitäten, so wie auf der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, gewährleistet durch Oeffentlichkeit in allen Zweigen des Staatslebens, getragen von der freien Gemeinde und der freien Gestaltung der Ländertheile in allen inneren Angelegenheiten, umschlungen von dem gemeinsamen Bande einer kräftigen Centralgewalt. — Wir hoffen, das Ergebniß Ihrer Berathungen über die Verfassung möglichst bald der Sanktion Sr. Maj. des Kaisers unterlegen zu können. — Das Ministerium wird die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Zeit umzuformen bemüht sein und bis hiefür im Wege der Gesetzgebung bleibende Bestimmungen getroffen sind, die nöthigen Verordnungen erlassen. — Ein zweifaches Ziel wird uns hiebei vorschweben: ungeschmälerte Erhaltung der den Völkern Oesterreichs zugesicherten Freiheit, Sicherstellung der Bedingungen, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann. Daß diese zur lebendigen Wahrheit, daß ihren Bedingungen Erfüllung werde, dahin gedenken wir mit Ernst und Nachdruck zu wirken. Das Ministerium will nicht hinter den Bestrebungen nach freisinnigen und volksthümlichen Einrichtungen zurückbleiben, es hält vielmehr für seine Pflicht, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. — Die Landbevölkerung, eben erst befreit von den Grundlasten, harrt mit Ungeduld der gesetzlichen Bestimmungen über Maßstab und Art der Entschädigung, so wie den von ihr zu tragenden, nach den Grundsätzen der Billigkeit zu bemessenden Antheil. — Die Grundlage des freien Staates bildet die freie Gemeinde; daß dieser durch ein freisinniges Gemeindegesetz, die selbstständige Bestimmung und Verwaltung innerhalb der durch die Rücksicht auf das Gesammtwohl gezogenen Grenzen gesichert werde, ist dringendes Bedürfniß. — Als eine nothwendige und unabweisliche Folgerung der Selbstständigkeit der Gemeinden ergiebt sich die Vereinfachung der Staatsverwaltung, und eine den Bedürfnissen der Zeit entsprechende Regelung der Behörden. — Ueber diese Gegenstände, so wie über Umgestaltung der Rechtspflege im constitutionellen Geiste, Einrichtung landesfürstlicher Gerichte statt der Patrimonial- und Kommunalgerichte und durchgreifende Trennung der Verwaltung von der Justiz, werden Ihnen, meine Herren, die geeigneten Vorlagen gemacht werden. Eben so auch über Hintanhaltung des Mißbrauches der Presse durch Repressivmaßregeln, über Regelung des Vereinsrechtes, auf einer mit den Staatszwecken verträglichen Grundlage, und über die Einrichtung der Nationalgarde. Denn eben weil das Ministerium die Sache der Freiheit zu der seinigen macht, hält es die Wiederherstellung eines gesicherten Rechtszustandes für eine heilige Pflicht. — Das Ministerium verspricht sich das thätige und pflichtgetreue Zusammenwirken aller Behörden. Die Regierungsorgane im Mittelpunkte der Monarchie, so wie in den Provinzen, in der Ausübung ihrer amtlichen Obliegenheiten auf das Nachdrücklichste zu kräftigen, wird seine vorzüglichste Sorge sein. — Beklagenswerthe Ereignisse haben stattgefunden. Die Gewalt der Waffen mußte zur Anwendung kommen gegen eine Fraktion, welche die Haupt- und Residenzstadt in einen Schauplatz anarchischer Wirren verwandelt hatte. Tiefe Wunden sind geschlagen worden. Sie zu lindern und zu heilen, so weit es möglich, Wien, das Herz des Reiches, seinem früheren Wohlstande zurückzugeben, und dafür zu sorgen, daß dem durch das Gebot der Nothwendigkeit herbeigeführten Ausnahmszustande, sobald es die Verhältnisse gestatten, ein Ende gemacht werde, wird unser eifriges Bestreben sein. — In Italien hat unser glorreiches Heer über Treubuch und Verrath gesiegt, und die alten Tugenden der österreichischen Armee, die brüderliche Eintracht aller Stämme, die todesmuthige Hingebung für Oesterreichs Ehre, Ruhm und Größe auf das Glänzendste bewährt. Noch muß es dort gerüstet stehen, um die Integrität des Reiches zu wahren. — In der organischen Verbindung mit dem constitutionellen Oesterreich wird das lombardisch-venetianische Königreich nach Abschluß des Friedens

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 282 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 1. Dezember 1848.

(Fortsetzung.)

die sicherste Bürgschaft finden für die Wahrung seiner Nationalität. — Die verantwortlichen Räthe der Krone werden feststehen auf dem Boden der Verträge. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß in nicht ferner Zukunft auch das italienische Volk die Wohlthaten einer Verfassung genießen werde, welche die verschiedenen Stämme in voller Gleichberechtigung umschließen soll. — Die Verletzung dieses ersten Rechtes der Nationen entzündete den Bürgerkrieg in Ungarn. Gegen eine Partei, deren letztes Ziel der Umsturz und die Lossagung von Oesterreich ist, erhoben sich dort die in ihren unveräußerlichen Rechten gekränkten Völker. Nicht der Freiheit gilt der Krieg, sondern denjenigen, die sie der Freiheit berauben wollen. Aufrechthaltung der Gesammtmonarchie, ein engerer Verband mit uns, Anerkennung und Gewährleistung ihrer Nationalität, sind der Gegenstand ihrer Bestrebungen. Das Ministerium wird sie unterstützen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Mit Gewalt der Waffen wird, da leider alle Wege der Versöhnung fruchtlos eingeschlagen worden, die Schreckensherrschaft einer verbrecherischen Partei bekämpft und der innere Friede wieder hergestellt werden. — Meine Herren, das große Werk, welches uns im Einverständnisse mit den Völkern obliegt, ist die Begründung eines neuen Bandes, das alle Länder und Stämme der Monarchie zu einem großen Staatskörper vereinigen soll. — Dieser Standpunkt zeigt zugleich den Weg, welchen das Ministerium in der deutschen Frage verfolgen wird. Nicht in dem Zerreißen der Monarchie liegt die Größe, nicht in ihrer Schwächung die Kräftigung Deutschlands. Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, sehen wir der natürlichen Entwickelung des noch nicht vollendeten Umgestaltungsprozesses entgegen. Erst wenn das verjüngte Oesterreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen. Bis dahin wird Oesterreich fortfahren, seine Bundespflichten getreulich zu erfüllen. In allen äußeren Beziehungen des Reiches werden wir die Interessen und die Würde Oesterreichs zu wahren wissen und keinerlei beirrenden Einfluß von Außen auf die unabhängige Gestaltung unserer inneren Verhältnisse zulassen. — Dies sind die Hauptgrundzüge unserer Politik. Wir haben sie mit unumwundener Offenheit dargelegt, weil ohne Wahrheit kein Vertrauen und Vertrauen die erste Bedingung eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Reichstag.

(Oesterr. Corr.)

L **Von der russischen Grenze**, 28. November. [Die Russen an der Grenze.] Wie der Redikalismus vor den Oktobertagen in Wien durch sein unpolitisches, taktloses Gebärden der Reaktion in die Hand spielte, so fördern nun die Uebergriffe und die Maaßlosigkeit der Camarilla und ihrer ungeschickten Helfershelfer eine neue und dann leider nur allzublutige Völkerbewegung. Doch wie es scheint, ist auch schon dafür gesorgt, und die hart an der Grenze stehenden Russen sollen dann das von den österreichischen Generälen begonnene Werk vollenden helfen. Die russischen Noten an unsere deutschen Höfe in Betreff der deutschen Einheit und der Suprematie des Petersburger Kabinets in den Angelegenheiten der Donaufürstenthümer sind uns noch leider in gar zu frischem Angedenken. Das Traumgebilde der deutschen Einheit, wie sie Graf Nesselrode nennt, soll nun durch russische Truppen verscheucht werden, uns die Realität einer wieder geknüpften heiligen Allianz an dessen Stelle treten. Von Brody bis Wlodzimierz, auf der russischen Seite, also von Radziwillow bis Ostolug, eine Strecke von mehr als 20 Meilen, sind über 60,000 Mann russischer Truppen unter dem Oberkommando des General-Lieutenants Saß aufgestellt. Die auf dem Kaukasus gegen die freien Gebirgsvölker erworbenen Lorbeeren soll dieser russische General nun auch auf Aufforderung der österreichischen Regierung bei der Unterdrückung der von Polen oder Deutschen ausgehenden Aufstände ernten. Die galizischen Grenzstädte leiden indessen schon jetzt durch die Nähe dieser gebetenen Gäste. Jedwede Ausfuhr von Lebensmitteln aus Rußland ist streng untersagt, da selbst schon dort ein Mangel sich einstellt. Hier ist aber dadurch eine beispiellose Theuerung eingetreten, die bei der Stockung jeden Verkehrs noch um so unheilbringender ist. Nebstbei ist die Grenze noch hermetisch gesperrt und es ist selbst den reichsten und loyalsten Kaufleuten nicht möglich, die Erlaubniß zum Besuche des russischen Zollamtes, wenn auch nur auf wenige Stunden, zu erlangen. Der russische Autokrat will seine Landeskinder vor dem Gifte der modernen Ideen bewahren, dagegen läßt sich nichts einwenden. Doch was sollen die russischen Truppen in solcher Masse an der Grenze? Von einer Invasion in Rußland kann wohl jetzt nicht die Rede sein, da von Galizien fast alle Truppen nach Ungarn und Oesterreich befördert wurden. Rußland braucht also an eine Sicherstellung seiner Grenzen nicht zu denken, wohl aber ist nun unsererseits die Furcht eines russischen Ueberfalles um so gegründeter. Jetzt wäre es wohl an der Zeit gewesen, daß Herr von Wessenberg in seiner Eigenschaft als Minister der auswärtigen Angelegenheiten beim russischen Kabinette die Zurückziehung dieser Truppen kraft bestehender Traktate fordere. Daß dieses nicht geschieht, daß österreichische Gouverneure und Generale fortwährend mit der Herbeirufung russischer Truppen drohen, darüber wird wohl der sehnlichst erwartete Reichstag selbst in dem erzbischöflichen Palaste zu Kremsier von dem Minister des Auswärtigen eine kategorische Erklärung verlangen.

* **Wien**, 29. Nov. [Aus Ungarn. — Ibrahim Pascha †.] Nach den heutigen ungarischen Grenzberichten aus Kittsé und selbst aus Preßburg von vorgestern hatte sich im dortigen Stand der Dinge nichts verändert. Die durch Reisende aus Ungarn gemeldete Nachricht von einem am 26. erfolgt sein sollenden Uebergange magyarischer Truppen in Massen, hat sich bis heute nicht bestätigt, da hierüber nichts Amtliches veröffentlicht wurde. — Ueber eine am 24. aus Preßburg an den Marschall Fürsten Windischgrätz expedirte Estaffette verlautet ebenfalls nichts. — Eben eingehenden Nachrichten aus Alexandria vom 16. d. zufolge, ist der Nachfolger Mehemet Alys, Ibrahim Pascha, gestorben. Dieser Todesfall dürfte für Egypten von bedeutenden Folgen sein, da England und Frankreich wegen sich kreuzender Handels-Interessen, die Nachfolge in Egypten überwachen. Der gesetzliche Nachfolger aus dem Stamme Mehemet Alys ist Abbas Pascha, ein Prinz ohne alles administrative Talent und von türkischem Religionsfanatismus beseelt.

Nachrichten aus Siebenbürgen zufolge haben die Wallachen die königliche Bergstadt Zalathna räuberisch überfallen und die dortigen königlichen Bergwerksbeamten erschlagen. Der Verwüstungskrieg in Siebenbürgen greift überhaupt auf eine furchtbare Weise um sich.

Hermannstadt, 15. Nov. [Kriegsschauplatz.] Décs hat sich ergeben, die revolutionäre Nationalgarde ist entwaffnet, die aufrührerische Stadt durch Oberst-Lieutenant Urban, der sie besetzte, mit einer Kriegssteuer von 10,000 Fl. C.-M. belegt worden. Das galizische Auxiliarcorps ist jetzt mit Urban vereinigt und 10,000 Mann stark, 28 Ortschaften des Kükolöer und Koloscher Comitats haben sich neuerdings der kaiserl. Fahne unterworfen. — Die in das Zarander Comitat eingefallenen ungarischen Freischaaren sind bereits von Bratz bis Alvintz vorgedrungen, wo unsererseits die Plette über die Marosch weggenommen wurde. Da die Gegend von Militär entblößt ist, so ist die Mühlbacher Nationalgarde ausgezogen und campirt bei Felwintz. Aus N. Enyed wird berichtet, daß fast alle Männer sich geflüchtet haben. Der evang. Pfarrer Keil in N. Enyed hat die Capitulation mit Janku abgeschlossen; Excesse sind von Seiten der Romänen nicht vorgefallen. — Aus dem Repser Lager berichtet man vom 10. d. M., daß 36 Mann Landsturm aus Deutsch-Weißkirch im Repser Stuhl, welche in das Repser Lager ziehen wollten, sich verirrten und nach Bikafalva bei Udvarhely kamen, wo sie sogleich von den Szeklern umzingelt und bis auf 4 Mann, welche glücklich entkamen, ermordet wurden. Die vier Geretteten setzten den Landsturm von diesem grausamen Ueberfall in Kenntniß, worauf Bikafalva gestürmt und niedergebrannt wurde. — Einer soeben eingelangten amtlichen Anzeige zufolge hat die Bürgerschaft von Thorda am 14. d. M. mittelst einer Deputation ihre Unterwerfung eingesendet und sich unter den Schutz des k. k. Militärs gestellt.

(Sieb. B.)

Mailand, 23. Novbr. Die bewaffnete Bande, welche seit einiger Zeit die Gegend von Palazzago heimsuchte, wurde vorgestern zersprengt. Einige Individuen wurden getödtet, andere zu Gefangenen gemacht, ihre Schlupfwinkel zerstört, so wie ihre Munition und Lebensmittel theils vernichtet, theils weggeführt, ihre sogenannten Kanonen, mehrere Fahnen und endlich viele Waffen erbeutet, und die meisten der Aufrührer würden in die Hände der Justiz gefallen sein, wenn sie nicht zeitlich von Bergamo aus von der ihnen drohenden Gefahr in Kenntniß gesetzt worden wären. Man kann nur, sagt bei dieser Gelegenheit die Gazzetta di Milano, der wir vorstehende Notiz entlehnen, die Verblendung derjenigen tadeln und verdammen, welche einer Rotte von Ueberläufern, Vagabunden und Straßenräubern ihre Sympathie zu erkennen geben. — Um dem unseligen Treiben jener Bande, welche täglich frecher wurde, und die Sicherheit des Landes gefährdete, ein Ende zu machen, ist es nöthig, dahin zu wirken, daß das Gesindel sich nicht wieder sammeln könne. Der Feldmarschall-Lieutenant Fürst Thurn und Taxis fordert daher die Behörden und die Bewohner von Palazzago und der umliegenden Ortschaften, welche von Seite der Bande so viele Bedrückungen und Gewaltthätigkeiten erlitten haben, auf, die noch etwa versteckten Räuber anzugeben, zu arretiren, die von den Flüchtigen zurückgelassenen Waffen und Munition zu sammeln und dem kaiserl. königl. Platzkommando auszuliefern und nach Möglichkeit dazu beizutragen, daß die Bande, von deren Umtrieben sie nun befreit sind, sich nicht wieder zusammenrotte.

Italien.

Rom, 17. November. [Ein leichter Sieg.] Der gestrige Tag kündigte sich durch mancherlei Zeichen, auch durch Maueranschläge, welche der Republik erwähnten, und durch allerlei Bewegungen der Volksströmung als bedrohlich an. Nachmittags zog man nach dem Quirinal, wo dem Kardinal Soglia durch eine Deputation eine Sturmpetition überreicht wurde, welche das Volk aufgesetzt und vorher schon durch Maueranschläge auf dem Corso zur Kenntniß gebracht hatte. Die Unabhängigkeit Italiens, die Constituante und die Ausführung des berufenen Mamiani'schen Programms vom 5. Juni bildeten die Hauptpunkte, dann die von dem Volke selbst unternommene Umgestaltung des Ministeriums, in welches außer Mamiani, Lunati, Galletti, Campello, nun auch Sereni, Fusconi und vor Allen Sterbini eintreten sollen. Als Galletti erschien und erklärte, er sei durch Kard. Soglia mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut, bemächtigte sich der Menge die Ungeduld. Man verlangte, der Papst solle sich augenblicklich für die Annahme der Volksdekrete entscheiden, man bestand darauf, ihn selbst zu sehen. Als man in den päpstlichen Palast eindringen wollte, kam man mit den Schweizern in Zusammenstoß. Diese sollen mit ihren Hellebarden einige Vicentiner Legionaire niedergestoßen haben. Die Civica schlug Generalmarsch, und nun begann ein länger als eine Stunde andauerndes Gewehrfeuer. Man hätte danach glauben sollen, der ganze Platz müsse mit Leichen bedeckt sein. Es scheinen indeß nur Schreckschüsse gewesen zu sein; wenigstens hört man fast nur von Verwundeten, und noch dazu sehr wenigen, reden. Indessen hatte man schwere Lastwägen aufgefahren und einen derselben sogar zum Beginn des Barrikadenbaues umgestürzt. Als man auch Kanonen aufpflanzte, erschien Galletti mit der freudigen Nachricht, der heilige Vater habe Alles gewährt. Nun begann die Allegria, in die sich die ganze Farce auflöste. Die Civica gab eine Freudensalve, man durchzog den Corso, der erleuchtet wurde, und Alle waren selig ob des glorreich vollbrachten Tagewerks. Galletti ist Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten ist Rosmini ernannt, und die Kriegsrüstungen werden nun allernächst wieder beginnen. Die Schweizer sollen verabschiedet werden, und der Papst tritt ganz unter den Schutz (!) der Civica. Ja es ist sogar die Rede von einer Bestrafung Derjenigen, welche den Palast blutig vertheidigt haben.

(A. Z.)

Schweiz.

Bern, 24. Novbr. [Die Organisationen] gehen bei uns rasch vorwärts. Der Vorort hat am 21sten die vollziehende Gewalt der Eidgenossenschaft dem Bundesrathe übergeben. Dieser hält fleißig Sitzungen. Beim deutschen Reichsministerium hat der Bundesrath Beschwerde erhoben, wegen der Verletzung des zürcherischen Gebietes durch deutsche Truppen. Bei den Gränzkantonen hat er Erkundigungen eingezogen über den Zustand der Flüchtlingsangelegenheit und über die Richtigkeit der amtlichen Berichte, welche in der D.-P.-A.-Z. veröffentlicht wurden. Zur allmähligen Einführung der Centralisation des Unterrichts in den Spezialwaffen, beschloß der Bundesrath, an alle Kantone ein Cirkular zu erlassen, worin die nöthigen Materialien und Aufschlüsse reklamirt werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 25. Nov., Abends. Die angekündigte Interpellation über die jütische Kontribution ist heute erfolgt. With stellte an das Ministerium die Frage, ob die Einwohner Jütlands, insbesondere im Amte Veile, eine Erstattung der ihnen vom feindlichen Heere auferlegten Kontribution erwarten dürften. Der Ministerpräsident entgegnete, nachdem die preußische Regierung erklärt habe, daß sie eine genaue Aufmachung abwarten wolle, so sei eine solche neulich ausgefertigt, die Summe belaufe sich auf 320,000 Rbthl. und die preußische Regierung werde sie, wie zu erwarten sei, jetzt rasch bezahlen. Der Finanzminister fügte noch hinzu, daß, wenn die Kontribution Ende dieses Jahres nicht erstattet sei, billige Rücksicht auf die am meisten Betroffenen durch — wie Stockfleth vorgeschlagen — Erlaß an Steuern genommen werden würde.

Lokales und Provinzielles.

* Breslauer Kommunal-Angelegenheiten.

Breslau, 30. Novbr. [Das Ausscheiden mehrerer Stadtverordneten.] Der Stadtverordnete Kliche zeigt der Stadtverordneten-Versammlung an,

daß bei den vielseitig ergangenen Mißtrauens-Voten er es nicht mit seiner Ueberzeugung in Einklang bringen könne, noch ferner der Versammlung anzugehören. Der Stadtverordnete Cholewa zeigt ebenfalls schriftlich an, daß nach dem so allgemein ausgesprochenen Mißtrauen in allen Kreisen der Einwohnerschaft, er nach reiflicher Erwägung sich moralisch verpflichtet erachte, sein Mandat in die Hände der Versammlung zurückzugeben. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Tschocke, Grund und Andere wollen die Entlassung nicht zugeben, da Jeder ein solches Amt anzunehmen verpflichtet sei und nach der Städte-Ordnung nur in gewissen Fällen ausscheiden könne. Siebig meinte, daß nach seiner individuellen Ansicht, es frei stehen müsse, da niemand aus Leichtsinn einen solchen Schritt thun würde, auszuscheiden, sobald man sich in seinem Gewissen bedrängt fühle, daß für solch einen Fall das Gesetz den Willen nicht binden könne und es auch nirgend geschrieben stehe. Dr. Grätzer meint, daß die politische Bildung überhaupt noch nicht so hoch stehe, um auf solche Mißtrauens-Voten etwas zu geben, zumal unter den jetzigen Ereignissen. Er für seine Person würde sich an solche Mißtrauens-Voten nicht kehren, sondern sich an seine Ueberzeugung halten. Man hätte den Deputirten im Parlamente (Frankfurt?) vielfach Mißtrauens-Vota gegeben und sie hätten sich auch nicht daran gekehrt. Linderer äußerte, das sei allerdings eine subjektive Ansicht, er (der Redner) habe die Ansicht, daß, wenn er auch nicht den Bezirk, sondern die Stadt als Stadtverordneter vertrete, so habe doch der Bezirk durch Wahl ihm das Vertrauen geschenkt, wenn derselbe Bezirk das Mißtrauen ausspräche, so halte er sich für verpflichtet auszuscheiden. Man müsse, wenn jemand aus solchen inneren Gründen ausscheide, die sittliche Seite ins Auge fassen, denn jedes Gesetz müsse, wenn es Geltung haben solle, die sittliche Basis haben, und jeder Zwang, den hier die Versammlung ausübe, sei gewissermaßen eine Polizeimaßregel. Ganz analog stehe die National-Versammlung und es würde jener Versammlung nie in den Sinn kommen, ein aus solchen Motiven ausscheidendes Mitglied zwangsweise zurückhalten zu wollen. Hübner erklärte, ein solches Mißtrauens-Votum, wenn es ihn träfe, würde ihn sofort bestimmen, ebenfalls auszuscheiden. Guhrauer hob hervor, daß das Gesetz zwar eine Frist ausschreibe, wie lange man das Amt zu verwalten habe, das sei aber nur im Allgemeinen, auch die gültigen Motive seien angeführt, aber das Gesetz habe diese nicht erschöpfend anführen können, weil es sie nicht habe voraussehen können. Es heißt zum Beispiel, die Neuwahlen finden nur in der und der Zeit statt, es könnten aber doch, durch außerordentliche Sterbefälle, Cholera ꝛc. Fälle eintreten, daß man zu Neuwahlen schreiten müßte, wolle man sich hier auf den Buchstaben des Gesetzes berufen, so könnte in diesem Falle die Versammlung aus Mangel an Mitgliedern unbeschlußfähig werden; er würde, wenn es sich mit seinem Gewissen nicht mehr vertrüge, in der Versammlung zu verbleiben, ausscheiden und in solchen Fällen müsse die Versammlung den Austritt gewähren und den Stellvertreter einberufen; einen moralischen Zwang dürfe die Versammlung nicht ausüben. Nach einer längern, fast ermüdenden Diskussion beschloß die Versammlung, die beiden genannten Stadtverordneten nicht ausscheiden zu lassen.

Nach diesem Beschluß erhob sich noch eine lebhafte Debatte darüber, daß man in derselben Sitzung und kurz vor diesem Beschluß dem Stadtverordneten Wiedermann, der ohne Angabe von Gründen sein Ausscheiden angezeigt, den Austritt ohne Weiteres bewilligt habe. Man meinte, das sei doch die allergrößte Inkonsequenz, daß man die Einen festhalte, weil ihre Gründe nicht genügend erscheinen, während man den Andern ausscheiden läßt, der gar keine Gründe angiebt. Hr. Wiedermann müsse doch erst Gründe angeben. Die Versammlung blieb auch hier konsequent in der Inkonsequenz und blieb bei dem Beschluß, den Austritt des Wiedermann zu gestatten.

(Mittheilung.) Der Magistrat macht die Mittheilung des Regierungs-Reskriptes, nach welchem die Einzahlung der direkten Beträge zum Bankgerechtigkeits-Ablösungsfonds vom 1. Januar 1849 ab sistirt wird.

Die unbesoldeten Stadträthe sind wieder in ihre Aemter eingetreten. — Die 2000 Gewehre, welche im Rathhause aufbewahrt wurden, sind gestern von hier abgefahren worden. An Stelle des wegen Kränklichkeit aus dem Amte scheidenden Bauinspektors Thiele wird der Bauinspektor Teiz eintreten. — An Stelle des Bezirksvorstehers Frank im Zwingerbezirk ist Herr Mößlinger gewählt worden.

Dem Nachtpatrouilleur Dasse, 83 Jahr alt, welcher 30 Jahre im städtischen Dienste gestanden, ist das volle Gehalt, 10 Rthlr. als Pension bewilligt worden, ebenso ist mehreren Nachtwächtern, welche aus Altersrücksichten aus dem Amte scheiden, eine bestimmte monatliche Unterstützung bewilligt worden.

Breslau, 30. Novbr. [Kombinirtes Konsistorium.] Am 23. November ist das bisherige unirte königl. Konsistorium für die Provinz Schlesien in ein kombinirtes verwandelt worden. Auf Anordnung des Herrn Ministers v. Ladenberg ist Pastor Dr. Gillet zur Vertretung der reformirten Gemeinden, Propst Heinrich zur Wahrung der unirten Fraktion der Landeskirche bei dem Kollegium kommissarisch beschäftigt worden und es werden demnach von nun an die drei vorhandenen Bestandtheile der Provinzialkirche, der lutherische in den Konsistorialräthen Dr. Gaupp und Wachler, ihre besonderen Organe in dem gemeinsamen Kirchenregimente haben.
(Kirch. u. Schulbl.)

R **Breslau**, 30. November. [Sitzung des deutschen Volksvereins.] In der gestrigen Sitzung des Volksvereins trat nach seiner langen Abwesenheit in Wien Berthold Auerbach wieder auf. Lebhafter Beifall begrüßte ihn — ein Beifall, so verdient, wie er wohl je in einem Klubb gespendet ist, denn die Ereignisse haben es bewiesen und seine eigenen Gegner haben es ihm jetzt bereitwillig zugestanden, daß er Recht hatte mit allen seinen Angriffen gegen das Auftreten der demokratischen Partei, und daß die Warnungen, die er damals zuerst aussprach, nur zu gerechtfertigt waren. Nach einem herzlichen Gruße „an seine lieben Freunde" begann er seine Mittheilungen über das, was er in den verhängnißvollen Tagen Wiens dort selbst wahrgenommen und erlebt hatte. Es ist nicht möglich, das fast zweistündige Referat in seinen Einzelheiten wiederzugeben, auch möchte es überflüssig sein, da Berthold Auerbach in einer ausführlicheren Schrift dem Publikum über die Wiener Ereignisse seine dortigen Anschauungen niederzulegen denkt. Nur einzelne Punkte wollen wir aus seinem Vortrage herausheben. Was den österreichischen Reichstag betrifft, so bestätigte er es, daß sowohl bei der bunten Zusammensetzung der widersprechendsten nationalen Elemente, als auch bei dem übergroßen Mangel an Talent und Ausbildung neben aller Gesinnungstüchtigkeit von ihm eine politische Organisation schwerlich zu erwarten gewesen wäre. Das Ministerium ist A.'s. bestimmten Erfahrungen nach kein einiges gewesen; Latour und Wessenberg hatten den Kaiser in ihrer Gewalt; Kraus, Hornbostel und vielleicht auch Bach, die es ehrlich mit der Sache des Volkes meinten, wurden von ihnen dupirt. Mit der Kamarilla im Bunde handelte jene hinterlistig sowohl gegen Wien als gegen Ungarn; von vornherein war es ihre Intrigue, den Belagerungszustand über Wien heraufzubeschwören, und Jellachich wurde von ihnen begünstigt, während sie dem Reichstag ihre Parteilosigkeit gegen ihn versicherte. So war Latour ein Verräther. — Ueberhaupt konnte Auerbach nicht das Verdammungsurtheil über das Wiener „Volk" aussprechen, auf das namentlich die Grenzboten ihre Polemik gegen die Wiener Bewegung stützten; im Gegentheil gäbe es kein herrlicheres Volk als die Wiener, treu, kräftig, begeistert. Was aber das Unglück war, das waren — die Führer; unter allen den Demagogen und Journalisten seien kaum einzelne gewesen, denen es nicht an Talent, Bildung und Charakter gefehlt habe; wenn es unser Mißgeschick sei, daß wir unmittelbar aus der Spekulation in die Politik getreten seien, so seien die Wiener Politiker vom Theater mit allen Täuschungen und Erhitzung desselben in das öffentliche Leben hineingesprungen. Ein anderes Unglück der Wiener Empörung sei es gewesen, daß man keine bestimmte Devise gehabt habe. Die Republik auszurufen, habe man nicht den Muth gehabt, und „Deutschland" zum Schlachtruf zu machen, wäre unmöglich gewesen wegen der Nicht-Deutschen, namentlich Polen, auf welche die Erhebung sich mitstützte. So sei der ganze Kampf also keine Revolution gewesen, sein Anfang nur der Sturz eines Ministeriums, sein Fortgang nur der Vertheidigung gegen die vernichtenden Angriffe der Hofpartei. Wie empörend aber die Rache der Sieger war, das durch Thatsachen vor Deutschland aufzudecken, sprach der Berichterstatter als seine Pflicht aus. Eins endlich freuen wir uns aus B. A.'s Rede entnommen zu haben, daß er trotz der gemachten Erfahrungen, trotz des persönlichen Umganges mit den ersten Politikern von entgegengesetzter Ansicht, doch das Heil der Deutschen in Oesterreich nicht in einem Losreißen von ihren Stammgenossen sieht und somit noch immer seinen Muth und seine Hoffnung behalten hat für die Einheit Deutschlands.

* **Breslau**, 30. November. [Feuer.] Heute Abend um 6½ Uhr erschallte wiederum Feuerlärm. Das Feuer war auf dem Boden des dem Kammmacher Jungfer gehörigen Hauses, Nikolaistraße Nr. 48, ausgebrochen, wodurch der Dachstuhl und das dritte Stockwerk vernichtet wurde. — Die rasch herbeigeeilte Hülfe verhinderte die weitere Verbreitung des Feuers und war gegen 9 Uhr dasselbe gänzlich gelöscht. — Die Entstehungsart ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

** **Breslau**, 30. Novbr. [Die Urwähler-Versammlung im Angerbezirk] sollte gestern Abend in den drei Abtheilungen A, B und C stattfinden. Da jedoch die Aufforderung zu den Versammlungen erst spät veröffentlicht wurde, so konnten sämmtliche Urwähler nicht erscheinen, weßhalb die Abtheilung A sich bis Freitag vertagte. Die Abtheilungen B und C dagegen traten zur gemeinschaftlichen Berathung zusammen und beschlossen, den Protest den abwesenden Bürgern und Schutzverwandten des Bezirks ins Haus zu schicken. — Herr Assessor Breinersdorff setzte auseinander, daß man die Stadtverordneten zwar nicht zur Niederlegung ihres Amtes auffordern könne, da juridisch hierzu nicht einmal die Bürger das Recht hätten. Ein Mißtrauensvotum aber, eine Erklärung, daß die Vertreter der Stadt das Vertrauen der Einwohnerschaft verloren haben, müsse wohl so viel moralische Einwirkung auf jene üben, daß sie zur Einsicht gelangen, nicht länger die Interessen der Stadt vertreten zu können. Es verstehe sich von selbst, daß sich auch Schutzverwandte an einer solchen Erklärung betheiligen können, da auch ihre Interessen durch die Stadtverordneten vertreten werden. — Die Anwesenden unterzeichneten hierauf das verlesene Mißtrauensvotum. Dasselbe spricht sich etwa in folgender Weise aus:

Der Beschluß, den die Stadtverordneten-Versammlung in dem Konflikte der National-Versammlung mit dem Ministerium Brandenburg gefaßt hat, daß erstere als die einzig gesetzgebende Gewalt anzuerkennen sei, haben den lebhaftesten Wiederhall in den Herzen der Breslauer Einwohnerschaft gefunden, da man in der National-Versammlung das Palladium der gesetzlichen Freiheit, in den Maßregeln des Ministeriums Brandenburg ein offenes Attentat auf die politischen Errungenschaften der Nation erkennt, der neuerdings gefaßte Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung aber den früheren, die Steuerverweigerung betreffenden, wieder aufhebt, habe den betrübendsten Eindruck auf Breslaus Bürger und Schutzverwandte gemacht. — Von den Vertretern der Hauptstadt Schlesiens hätte man mit Grund erwarten müssen, daß sie fest ausharren würden, bei dem, was sie einmal als Recht erkannt, daß sie in richtiger Erkenntniß ihres Berufes, die gesetzliche Freiheit zu schirmen, sich dem mächtig anschwellenden Strome der Reaktion muthig entgegensetzen, dem Hereinbrechen ungesetzlicher Willkühr-Herrschaft einen energischen Widerstand bieten würden. Das Alles sei nicht geschehen, die Vertreter haben sich unentschlossen und schwankend bewiesen, und man könne ihnen daher nicht verhehlen, **daß sie durch dieses Gebahren das Vertrauen der Einwohner Breslaus gänzlich verloren haben.**

Musik.

Die bereits angekündigten Quartett matinées des Herrn Konzertmeister Rudersdorf, welche für einige Zeit einen Aufschub erleiden mußten, nehmen nun ihren Anfang mit dem kommenden Sonntage, am 3. December, im Saale des Hotels zum König von Ungarn, Mittags 11½ Uhr. Zur Aufführung kommen für diesesmal Werke von Beethoven, Mendelssohn und, um auch einer andern Geschmacksrichtung zu genügen, eine Piece in modernem Genre mit Klavierbegleitung; diese letztere wird Herr Aug. Schnabel ausführen. Der Herr Konzertmeister Rudersdorf hat sich bereits während seines Hierseins in verschiedenen Zirkeln von Künstlern und Kunstfreunden als einen Violinvirtuosen der gediegensten Art aufs Glänzendste bewährt, indem er die Beweise abgab, daß derselbe nicht allein im Salonvortrage das Instrument mit seltener Virtuosität zu beherrschen weiß, sondern daß er sich als ein vollkommen tüchtig gebildeter Musiker bekundet, welches vorzugsweise eben aus der Auffassung und Vortragsweise klassischer Quartettmusik hervorgeht.

Für die sichere und künstlerische Ausführung der andern Stimmen bürgen die Namen der Herren Lüstner, Kahl und Schnabel, und somit können wir mit vielem Recht ein musikliebendes Publikum auf einen vollkommenen Genuß hinweisen, zu dem wir um so mehr einladen, da er mit zu den seltenen gehört, die in Breslau geboten werden. d.

Breslau, 30. Novbr. [Popular-philosophische Vorträge im „König von Ungarn."] Die Vorlesung am 28. Nov. hatte einen überwiegend politischen Charakter. Nachdem dargethan worden, daß von dem Standpunkte des gewonnenen Gottesbegriffes der Majestätsbegriff nicht nur allein möglich, sondern auch, weil von einem jenseitigen Vergeltungsgotte abstrahirt worden, absolut nothwendig sei, wurde die Definition gegeben: die Majestät bestehe darin, den Gottesbegriff nach Maßgabe der besondern Verhältnisse des Staates räumlich-zeitlich zur Anschauung und zur Wirksamkeit zu bringen. Die Factoren der Majestät liegen demnach in der Repräsentation und in der Manifestation. Aus der inneren Einheit der wahren Politik und der wahren Religion, wie sie von vorn herein nachgewiesen, folgt, daß die Repräsentation der politischen Majestät mit den Vorstellungen, die ein Volk von Gott hat, zusammenhängt. Wir sollen in dieser Beziehung noch auf dem alttestamentlichen Standpunkte stehen. Uebrigens wird die Manifestation als das Wesentlichere, die Repräsentation als das dem Wechsel der Erscheinung Unterwor-

fene, Minderwesentliche aufgefaßt. Aehnlich war früher schon das Verhältniß zwischen Persönlichkeit und Individualität bestimmt worden. Mit Beziehung hierauf wird die Majestät mehr in jener, als in dieser gesucht. Die Individualität ist ein würdiger Träger der Majestät nur in so weit, als sie mit der Persönlichkeit eins geworden. In welchem Maße in der Republik, in der constitutionellen und in der absoluten Monarchie Persönlichkeit und Manifestation oder Individualität und Repräsentation vorherrschen, wird mit einer kurzen Charakteristik dieser drei Systeme angedeutet, wobei die Vorzüge wie die Mängel jedes derselben hervorgehoben wurden. Keine der drei Verfassungsformen garantirt an sich die Ehre und das Glück eines Volkes, wenn sie nicht vom rechten Geist beseelt ist. Zum Schluß ward die ideelle Persönlichkeit, das Gesammtbewußtsein Aller und die Bethätigung des Gesammt-Interesses, als die allein der Majestät wahrhaft entsprechende erkannt, und nachgewiesen, wie diese ideelle Persönlichkeit selbst den monarchischen Formen zu Grunde liegt. Im „Wir“ des Monarchen soll die Gesammtheit der Staatsbürger zu Wort und zu ihrem Recht kommen. Eine Gnade Gottes ist es, daß dieses sterbliche, hinfällige, sündige Einzelwesen so großer Macht und Ehre gewürdigt worden; aber eine noch größere, daß das Volk keine Horde, keine bloße Nation geblieben, sondern zur Civilisation gediehen ist, und sich zu einem Staats-Organismus erhoben hat.

* **Liegnitz**, 29. Nov. [Wahlmännerkämpfe. — Gerücht von einer Verlegung der Regierung nach Glogau.] Die am 21sten d. M. im deutschen Kaiser hierselbst abgehaltene Versammlung der Wahlmänner des Liegnitzer Kreises hat bereits einen sehr unangenehmen Kampf und mit diesem zugleich mancherlei Gerüchte hervorgerufen. Drei Wahlmänner aus Parchwitz und der Umgegend, Seydel, Kunicke und Gramsch haben durch die öffentlichen Blätter und durch Maueranschlag einen Protest gegen die an genanntem Tage gefaßten Beschlüsse ihrer Kollegen bekannt gemacht und darinnen namentlich den Deputirten der Stadt Liegnitz, Herrn Prediger Otto, hart angegriffen. Derselbe soll diejenigen für Schufte und Landesverräther erklärt haben, welche sich etwa der Unterschrift für die an die Nationalversammlung entworfene Adresse entziehen sollten. In Folge dieser harten Beschuldigung sind denn die Wahlmänner von hier und aus der Umgegend am Montage abermals auf dem hiesigen Rathhause bei einander gewesen, um sich über die Mittel zu berathen, durch welche gedachter harter Angriff am besten zurückzuweisen sei. Obiger unparlamentarischer Ausdrücke soll sich Herr Prediger Otto durchaus nicht schuldig gemacht haben. Man will in den Schritten des genannten Triumvirats die Agitation gekränkter Eitelkeit erkennen. — Das Gerücht, als gehe man von Seiten des Ministeriums damit um, die hiesige königl. Regierung nach Glogau zu verlegen, gewinnt immer mehr an Terrain. Obgleich wir durchaus keinen genügenden Grund für diese Translocirung aufzufinden im Stande sind, und eben darum an dem, was Fama sagt, noch gern zweifeln möchten, so müssen wir doch auch zugestehen, daß uns eine derartige Eventualität nicht als so außerordentlich erscheint, wenn wir daran denken, daß binnen kurzer Zeit schon eine Menge fast unglaublicher Gerüchte wahr geworden sind. Der hiesige Bürgerverein für gesetzliche Freiheit, Ordnung und Wohlfahrt beabsichtigt das Ministerium zu bitten, von dieser projektirten Verlegung der hiesigen Regierung abzustehen, indem dadurch große Nachtheile für die Mehrheit der hiesigen Einwohnerschaft erwachsen würden.

Jauer, 24. Nov. Der hiesige Magistrat und die Stadtverordneten machen bekannt: daß Magistrat und Stadtverordnete ebenfalls eine Adresse an Se. Majestät den König abgesandt haben, worin beantragt wird, statt des Ministerii Brandenburg ein populäres zu ernennen und die Nationalversammlung in Berlin tagen zu lassen.

* **Glogau**, 28. Nov. [Truppen.] Seit voriger Woche ist in dem nahe gelegenen Dorfe Brostau, wo am 12. d. große Volksversammlung war, ein Eskadron Kürassiere einquartirt, welche einzelne Patrouillen für die umliegenden Ortschaften abgiebt; auch pommersches Militär soll unsere Gegend noch zu erwarten haben.

Inserate.

Aufforderung.

Diejenigen königlichen Fußjäger, welche auf Kriegsreserve entlassen sind, und ein Unterkommen als Forst-Schutz-Gehülfen zu übernehmen geneigt sind, werden hierdurch aufgefordert, sich baldigst deshalb bei uns zu melden, dabei aber die Zeugnisse über ihre Militär-Verhältnisse und moralische Führung mit vorzulegen.

Breslau, den 18. November 1848.

Königliche Regierung.
Abtheilung für Domainen, Forsten und direkte Steuern.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, erklären wir hierdurch, daß der unter dem Namen einer allgemeinen Studentenschaft an der hiesigen Universität bestehende Verein lediglich als eine freie Association eines Theils der Studirenden zu betrachten ist.

Breslau, den 29. November 1848.
Rektor und Senat der königlichen Universität.

Seit gestern Mittag bis heute Mittag sind nach amtlicher Meldung an der Cholera hieselbst 5 Personen erkrankt und 3 gestorben.

Breslau, den 30. November 1848.
Das königliche Polizei-Präsidium.

Der Verein für gesetzliche Ordnung sagt in einem von demselben durch die Zeitungen veröffentlichten Adresse: Der Oberst und die Führer der Bürgerwehr haben unter dem 26sten d. M. die Erklärung abgegeben: **„daß sie ihre Stellen niederlegen und vermöge einer angeordnenden Neuwahl den Beweis durch die ganze Bürgerwehr führen wollen, daß Magistrat und Stadtverordneten sich in ihrer politischen Ansicht geirrt haben.“** Die Erklärung der Führer, welche ihrer Zeit in der Oder- und Breslauer Zeitung veröffentlicht wurde, lautet: **„Zur Beseitigung jedes Zweifels, ob die Ansicht der Führer auch die der gesammten Bürgerwehr sei, oder ob Letztere ebenso wie Magistrat und Stadtverordneten ihre politische Meinung geändert haben, halten es die Unterzeichneten für dringende Pflicht, ihre Stellen niederzulegen und sich einer Neuwahl zu unterziehen.“** — Indem wir dieses zur Steuer der Wahrheit mittheilen, enthalten wir uns jeder weitern Kritik des beregten Artikels.

Breslau, den 30. November 1848.
Das Kommando der Bürgerwehr.

Heute den 1. Dezember Abends 8 Uhr (Klubb) des 8. Bürgerwehr-Bataillons im Café restaurant.

Von einem hohen königlichen Staats-Ministerio ist die Stadt Berlin in Belagerungszustand erklärt worden. Der mit Ausführung dieser Maßregel beauftragte General v. Wrangel hat darauf in seiner öffentlichen Bekanntmachung unter Andern verkündet, daß

1) die durch die Gesetze vom 17. März und 6. April d. J. verbürgten Rechte der freien Presse, der Versammlung und der Vereinigung suspendirt,
2) auch Civilpersonen, namentlich solche, welche die Anmeldung von Fremden unterlassen, den Militärgerichten unterworfen sein sollen,

was gegen § 5 des Gesetzes vom 24. September d. J. verstößt.

Das Volk weiß nicht, welches Gesetz der Staats-Regierung gestattet, den Bürgern wegen eines blos fingirten Kriegszustandes verfassungsmäßige Rechte zu entziehen, indem aus den §§ 1. 8. 9. Th. I. und 18. Th. II. des Militär-Straf-Gesetz-Buchs unsers Erachtens höchstens nur so viel sich herleiten läßt, daß ausnahmsweise auch in Friedenszeiten Militär-Personen den für den Kriegsfall gegebenen strengeren Strafbestimmungen und Civilpersonen, welche verrätherische Handlungen gegen die preußischen Truppen sich zu Schulden kommen lassen, den Militärgerichten unterworfen werden können.

Wir halten es für nicht möglich, daß ein hohes königliches Staats-Ministerium die ihm wohlbekannten Maßregeln des Generals v. Wrangel dulden und genehmigen würde, wenn sie gesetzwidrig wären; denn gesetzwidrige Handlungen der obersten Staatsbehörden, der berufenen Wächter und Vollstrecker der Gesetze müßten unfehlbar im Volke alle Achtung vor dem Gesetz untergraben und die Meinung erzeugen, es herrsche überhaupt nicht mehr die heilige Rechtsordnung, sondern willkürliche Gewalt. Es scheint uns fast, als griffe hier schon dieser gefährliche Glaube um sich. So z. B. haben gestern Abend Soldaten des 10. Inf.-Regiments ohne alle Veranlassung den hiesigen demokratischen Verein bewaffnet überfallen, Geräthschaften zertrümmert, einzelne Personen gemißhandelt, verwundet, ja sogar mit dem Tode bedroht, und doch hat die Militär-Behörde trotz der von dem Exceß sofort erhaltenen Anzeige unsers Wissens noch nichts gethan, um den Thatbestand festzustellen und die Thäter zu ermitteln. Schwerlich würde dieser Vorfall sich zugetragen haben, wenn die Soldaten nach den Vorgängen in Berlin nicht geglaubt hätten, daß sie gegen ihre demokratisch gesinnten Mitbürger sich Alles erlauben dürften.

Ein hohes königliches Staats-Ministerium bitten wir deshalb so dringend als ganz gehorsamst:

zu unserer und des Landes Beruhigung die Gesetze bekannt zu machen, durch welche die oben gedachten Maßregeln sich rechtfertigen.

Einem recht baldigen geneigten Bescheide entgegenharrend

Frankfurt a. O., den 25. November 1848.
Der demokratisch-konstitutionelle Klubb.
Namens desselben:
Der Vorstand.
An ein hohes königl. Staats-Ministerium.

Kameraden der Linie und Landwehr!

Es lag eigentlich nicht in unserer Absicht, uns über die von allen Seiten erfolgten Angriffe zu vertheidigen, da die Zukunft und die im vollen Gange sich befindende Untersuchung gewiß Alles ans Tageslicht bringen wird; — allein es erscheint uns auf der andern Seite wiederum nothwendig, grade jetzt mit Bezug auf das Geschehene an Euch einige Worte zu richten.

Wißt Ihr nicht Alle aus Erfahrung, wie leicht es ist, verkannt zu werden, — wie unrecht es ist, bloßen Zeitungs-Nachrichten Glauben zu schenken, und auf diese Nachrichten bauend, ein Urtheil zu fällen, ja, zu verdammen? Ihr haltet uns für ehrlos, meineidig — so lauten Eure Worte, — mußte uns das nicht kränken, da ein so hartes, voreiliges Urtheil am wenigsten von Kameraden zu erwarten war?

Die Verhältnisse, unter denen eine Einkleidung in Liegnitz unmöglich war, sind Euch nicht bekannt, können Euch nicht bekannt sein, sonst würdet Ihr nicht so geurtheilt haben; oder glaubt Ihr den Zeitungs-Nachrichten mehr, wie uns? Ihr wißt vielleicht nicht, wie Einige von uns gemißhandelt worden, und zwar deshalb, weil sie den Schwur nicht brachen, den sie ihrem Könige geleistet, und freiwillig zur Einkleidung vortraten. — Ihr wißt vielleicht nicht, wie die Bürgerwehr von Liegnitz uns gegen diese Mißhandlungen nicht schützen mochte; — was blieb uns da übrig? Wir hatten uns Alle in Liegnitz versammelt, um uns einkleiden zu lassen, trotzdem wir tausendfach dagegen aufgeregt worden waren; wir folgten bald darauf dem zweiten Ruf, eilten zur Fahne und wurden in Polkwitz eingekleidet. Wir erklären frei und offen, daß, wäre Alles so wahr, wie man von uns in den Blättern erzählt hat, wir wären nicht einen Schuß Pulver werth. — Kameraden! aus freiem Antriebe und aus uns selbst gehen diese Worte heraus:

Wir werden nicht aufhören, unserm König treu zu bleiben, und wollen uns glücklich schätzen, diesen unsern Worten durch die That Nachdruck geben zu können. Wir werden nie den Schwur brechen, den wir nur unserm Könige geleistet haben, und die Worte stets heilig halten:

„Mit Gott für König und Vaterland!“

Im Namen sämmtlicher Kameraden der 3ten Compagnie (Goldberg-Hainau) und der 4ten Compagnie (Schönau) 7ten Landwehr-Regiments unterzeichnen sich:

Keßler, **Bartsch**,
Unteroffiziere.
W. Kretschmer, **H. Gröhling**,
Gefreiten.
G. Kleinert, **A. Rabsilber**,
Wehrleute.

An Herrn Ferdinand Fischer.

Blos auf ein einseitig aufgefaßtes Zeitungs-Referat finden Sie, obschon Sie jetzt als Vermittler auftreten wollen, sich gedrungen, öffentlich in allen hiesigen Zeitungen einen ganzen Verein der Reaktion und unkonstitutioneller Gesinnung der öffentlichen Meinung zu denunziren.

Bei Ihrem Herumirren in allen politischen Parteien wird zwar Keine Ihrem Urtheil ein besonderes Gewicht beilegen, nach der aber von uns mitgetheilten Probe von der Gewissenhaftigkeit breslauer Zeitungsreferenten in der Ostseezeitung, finden wir uns veranlaßt, für Diejenigen, welchen Ihre Wirksamkeit noch fremd ist, zu erklären:

daß es Niemanden in unserm Verein eingefallen ist, den Urwählern das Recht, sich zu versammeln, bestreiten zu wollen, möge sie berufen, wer es auch sei, wohl aber behaupten wir, daß Beschlüsse solcher Urwählerversammlungen, vermöge der noch allein zu Recht bestehenden Städteordnung, auf die Beschlüsse, oder den Bestand unserer Stadtbehörden irgendwie einen Einfluß ausüben dürfen, weil Neuwahlen, auf welche es dabei abgesehen ist, doch nur auf Grund einer revidirten Rolle der Wahlberechtigten Bürger vollzogen und also selbstredend Entziehung der Mandate, falls diese überhaupt zulässig sind, auch nur Seitens der Berechtigten verlangt werden dürfen.

Wir bedauern, daß Ihre Bemühung, uns über das A. B. C. der neuen politischen Rechte belehren zu wollen, vergeblich angewandt haben, und daß die Folgerungen, welche Sie davon geknüpft, in sich selbst zerfallen, wenn auch jede Ihrer Bestrebungen, sich im öffentlichen politischen Leben geltend zu machen, stets denselben Erfolg gehabt hat. Lernen Sie erst ein Bewußtsein Dessen haben, Was Sie wollen, und dann treten Sie gegen Andere auf, welche nie von dem ihrigen abgewichen sind.

Dieses Ein- für Allemal.

Das Comité des Vereins für Aufrechthaltung gesetzlicher Ordnung.

Theater-Nachricht.

Freitag: „**Der Freischütz.**“ Romantische Oper in 4 Akten, Musik von C. M. von Weber.

Sonnabend, zum 2ten Male: „**Badekuren.**“ Lustspiel in einem Akt von G. zu Putlitz. — Hierauf: „**Die Schleichhändler.**“ Lustspiel in 4 Akten von Dr. E. Raupach. — Schelle, Herr Theodor Wagner, vom National-Theater in Wien, als Gast.

Für den Monat Dezember sind im Theater-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftsstunden das Dutzend Billets für den ersten Rang, Balkon, die Sperrsitze und Parquet-Logen à 6 Rthlr., zum zweiten Rang und die Parterre-Sitzplätze à 4 Rthlr. zu haben.

Entbindungs-Anzeige.

Die heut früh 6 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Jenny, geb. v. Engelhart, von einem gesunden Mädchen, giebt sich die Ehre, Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung, ergebenst anzuzeigen:

von Heugel,
Hauptmann und Kompagnie-Chef im königl. 22. Infanterie-Reg.

Glatz, den 27. November 1848.

Entbindungs-Anzeige.

Statt besonderer Meldung, zeige ich theilnehmenden Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an, daß meine geliebte Frau Maria, geb. Reiche, heute früh um 1 Uhr mit Gottes gnädiger Hülfe von einer gesunden Tochter glücklich entbunden worden ist.

Lampersdorf bei Frankenstein,
den 28. November 1848.
Suckow, Pfarrer.

Todes-Anzeige.

Den am 28. Nov. früh 7 Uhr sanft erfolgten Tod ihrer guten Gattin und Mutter, der Frau Schullehrer Fellmann, gb. Siems, zeigen hiermit entfernten Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst an:

E. Friedrich Fellmann, als Gatte.
Emilie } Fellmann, als Kinder.
Julius }

Stephanshain bei Schweidnitz, den 29. November 1848.

Todes-Anzeige.

Nach kurzem Krankenlager verschied heut Abend 7 Uhr unser innigst geliebter Gatte, Bruder, Vater, Schwiegervater und Großvater, der Kaufmann Joel Salomon Kroh, in dem ehrenvollen Alter von 73 Jahren 6 Monaten und 2 Tagen.

Mit tiefem und gerechtem Schmerze zeigen dies, um stille Theilnahme bittend, Verwandten und Freunden, ergebenst an: Die Hinterbliebenen.

Breslau, den 29. November 1848.

Todes-Anzeige.

Den heute Morgen halb 2 Uhr nach langen Leiden sanft erfolgten Tod unseres innig geliebten Gatten und Vaters, des Leinwand-Kaufmann, Wilhelm Schuster, in dem Alter von 53 Jahren, zeigen wir tiefbetrübt allen lieben Verwandten und Freunden hiermit ergebenst an.

Breslau, den 30. Novbr. 1848.
Die Hinterblibenen.

An P.

Bald erscheint wieder mein alter Freund, der um 8 Uhr den Gruss von der Geliebten bringt. Mehr durch Ch....

Altes Theater.

Indem ich mit dem Eberleschen Theater die Vorstellungen geschlossen habe; zeige ich hiermit an, daß ich Sonntag den 3. Dezember dieselben mit meinem Theater und unter meiner Leitung mit neuen Darstellungen wieder eröffne. **Schwiegerling.**

Daß der Karl Gotthelf Hammer, Sohn des Kaufmann Hammer in Waldenburg, kein Vermögen mehr besitzt und auch seine Angehörigen nicht gewilligt sind, die von ihm gemachten Schulden zu bezahlen, wird hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht.

C. G. Hammer sen., Marie, Wilhelm, Otto, Oswald, Heinrich, Gustav, Geschwister Hammer.

Durch gewaltsamen Einbruch ist am 28. November auf dem Lande in der Nähe von Breslau eine Wiener Tischuhr, schwarz, mit 4 weißen Säulen, viertel und ganze Stunden schlagend, mit schadhafter Viertelfeder, gestohlen worden. Vor dem Ankauf wird gewarnt, und vorkommenden Falles um sofortige Anzeige bei dem Uhrmacher **Weise**, Bischofsstraße Nr. 9, gebeten.

Ein unverheiratheter Oekonom, der mit guten Zeugnissen versehen ist, sucht bald ein Unterkommen; das Nähere bei

W. Heinrich und Comp.
in Breslau, am Ringe Nr. 19.

Es ist von so vielen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, auch für die Winter-Saison eine Theater-Lotterie zu veranstalten, ähnlich der, welche im letztverflossenen Sommer stattfand, daß die unterzeichnete Direktion sich veranlaßt sieht, dem Begehren des verehrten Publikums nach beifolgendem Plane nachzukommen. **Jedes** Loos der diesmaligen Theater-Lotterie gewährt dem Abnehmer nicht nur für den vollen Betrag Theater-Billete, **sondern außerdem wirklichen Gewinn.**

Die Verloosung soll vom 27. bis 31. Dezember 1848 stattfinden.

Plan

zur Verloosung eines Abonnements,

auf die Dauer vom 2. Januar bis Ende März 1849, für 70 im hiesigen Stadt-Theater zu gebende Vorstellungen.

Es werden 6000 Stück Loose à 2 Rthlr. ausgegeben und fallen darauf **eben so viele Gewinne,** welche folgendermaßen eingetheilt sind:

Anzahl		Werth		Betrag		
1	Hauptgewinn im Werthe von	150	Rthlr.	150	Rthlr.	— Sgr.
1	" " "	90	"	0	"	— "
3	" " "	70	"	210	"	— "
5	" " "	60	"	300	"	— "
10	" " "	40	"	400	"	— "
30	Gewinne " "	20	"	600	"	— "
50	" " "	10	"	500	"	— "
150	" " "	5	"	750	"	— "
250	" " "	4	"	10.0	"	— "
500	" " "	3⅓	"	1666	"	20 "
2000	" " "	2⅔	"	5333	"	10 "
3000	" " "	2⅓	"	7000	"	— "
6000	Gewinne			Zum Betrage von 18000	Rthlr.	— Sgr.

Für die Beträge der einzelnen Gewinne erhält der Gewinner Bons; auf diesen sind die Plätze bemerkt, welche der Inhaber zu beanspruchen hat.

Zur Verloosung kommen:

ad I. Die Plätze des ersten Ringes, der Parquetlogen oder Sperrsitze,
ad II. Die Plätze des zweiten Ranges,
ad III. Die Plätze des Parterre,

und sind dieselben nach Verhältniß des im Theatergebäude vorhandenen Raumes folgendermaßen vertheilt:

Anzahl der Gewinne	Einzelner Betrag derselben Rthlr.	Anzahl der für diesen Betrag zu erhaltenden Billets von			Es kommen demnach zur Verloosung im Ganzen von		
		I.	II.	III.	I.	II.	III.
1	150	140	60	80	140	60	80
1	90	84	50	27	84	50	27
3	70	60	40	30	1 0	120	90
5	60	54	24	36	270	120	180
10	40	36	16	24	360	160	240
30	20	18	8	12	540	240	360
50	10	9	4	6	450	200	300
150	5	5	2	2	750	300	300
250	4	3	2	3	750	500	750
500	3⅓	3	2	1	1500	1000	500
2000	2⅔	3	—	2	6000	—	4000
3 00	2⅓	3	—	1	9000	—	3000
6000	—	—	—	—	20024	2750	9827

Bei der Vertheilung mußte auf die im Zuschauer-Raume des Theaters befindlichen Plätze Rücksicht genommen werden.

Es bleibt jedoch jedem Inhaber von Bons unbenommen, für den vollen Werth derselben nach Belieben Plätze zu wählen, soweit solche zur Verloosung gekommen.

Der Umtausch der Bons gegen Abend-Billets findet **im Theater-Bureau, Morgens von 9 — 12 und Nachmittags von 2 — 4 Uhr** statt. — Abends können, der nöthigen Kontrole wegen, keine Bons angenommen werden.

Die Billets sind nur für diejenige Vorstellung giltig, für welche sie eingelöst werden.

Die resp. Inhaber der Bons können dieselben zu jeder beliebigen **Abonnements**-Vorstellung während der ganzen Dauer des Abonnements, welches, wie bereits oben erwähnt, siebzig Vorstellungen umschließt, **vom 2. Januar bis Ende März 1849,** verwenden, so weit die Plätze für die jedesmalige Vorstellung ausreichen.

Bei zu großem Andrange wird für eine baldige Wiederholung der gewünschten Vorstellung Sorge getragen werden.

Die eingehenden Beträge für die Loose werden, zur Sicherstellung der geehrten Abnehmer, in die königliche Bank deponirt und in gleichen Raten vor dem 1sten und 16ten jeden Monats (den Gagetagen) erhoben, und die betreffenden Depositenscheine für die einzelnen Karten dem löblichen Polizei-Präsidio, oder einer andern, von der k. Regierung zu bestimmenden Behörde zur Auslieferung an die Theater-Direktion für die Gagetage übergeben.

Loose zur Abonnements-Verloosung sind in den gewöhnlichen Geschäftsstunden im Theater-Bureau zu haben. Breslau, den 1. Dezember 1848.

Die Theater-Direktion.

Mit dem 1. Januar 1849 beginnt **ein neues Abonnement** auf die hier **zweimal** täglich, Morgens und Abends im Selbstverlage erscheinende

Deutsche Reform,

politische Zeitung für das constitutionelle Deutschland.

Durch das **zweimalige Erscheinen** dieser Zeitung wird den hier von auswärts eingehenden Nachrichten sowohl wie den Berichten über die hiesigen Vorgänge die schnellste Verbreitung gegeben.

Anzeigen aller Art finden in dem **Allgemeinen Anzeiger**, à 1½ Sgr. pro Petit-Zeile, sofortige Aufnahme.

Der Inhalt des Blattes besteht dem größten Theile nach aus **leitenden Artikeln und Original-Correspondenzen;** ein **Feuilleton** ist der kritischen Besprechung aller Erscheinungen auf dem Gebiete der Kunst und Literatur wie des socialen und politischen Lebens bestimmt; der **Handelstheil** giebt in umfassender Weise die Berichte der Haupt-Börsen und Produkten-Märkte Europa's.

Die Tendenz der Zeitung ist die Aufrechthaltung der constitutionellen Monarchie in Deutschland.

Alle Postanstalten nehmen auf die Deutsche Reform Bestellungen an. Der Abonnements-Preis auf ein Vierteljahr beträgt für ganz Preußen mit Einschluß des Porto's

zwei Rthlr.,

für das Ausland eben so viel, ohne den Porto-Aufschlag. Es wird gebeten, die Bestellungen recht zeitig zu machen.

Berlin, im November 1848.

Die Porzellan-Malerei von Rob. Ließ,

Albrechts-Straße 59, eine Treppe hoch, Schmiedebrücke-Ecke,
empfiehlt ihr Lager von vergoldetem und bemalten Porzellan zu den billigsten Preisen. Bestellungen jeder Art von Malerei auf Porzellan werden prompt und sauber ausgeführt.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe

1. Herrn Kommissarius Schubert,
2. " C. F. Grundmann,
3. " Oberamtmann Speth,
4. Fräulein Marie Pfendtius,
5. Herrn F. E. Zwanziger u. Söhne,
6. " Bauergutsbesitzer König in Margareth,
7. " Oberamtmann Priesemuth,
8. " Partikulier Cretius,
9. " Grée,
10. " Rentmeister Wecker,
11. Demoiselle Charlotte Schubert,
12. Fräulein Dihsler,
13. Herrn Schelia,
14. " Wollmäkler Beil,
15. " Gebrüder Hilbert,
16. Fräulein Elise Wagner,
17. Herrn Gastwirth Heek,

können zurückgefordert werden.

Breslau, den 30. November 1848.
Stadt-Post-Expedition.

Sowohl unserm vollständigen
Musikalien-Leih-Institut,
als auch der reichhaltigen deutschen, französischen und englischen
Lesebibliothek
können täglich neue Theilnehmer unter d. **billigsten Bedingungen** beitreten.
F. E. C. Leuckart in Breslau,
Kupferschmiedestr. 13, Schuhbrück-Ecke.

Fertige Wäsche.

zu außergewöhnlich billigen aber festen Preisen.

Für Damen: Hemden von Creas- und gebleichter Leinwand, das Dutzend zu 8, 9, 10 bis 15 Rtl., dergl. von Nessel zu 6 Rtl., extrafeine Wiener Hemden mit gesticktem Latz zu 30 u. 36 Rtl. Negligee-Jäckchen pro Stück 22½, 25 u. 27½ Sgr., dergl. Häubchen 5 u. 6 Sgr., Unterbeinkleider das Paar zu 14, 16 u. 20 Sgr.

Für Herren: Hemden von Creas- und gebleichter Leinwand, das Dtzd. zu 8, 9, 10, 11, 12 bis 15 Rtl., dergl. von Nessel zu 6½ Rtl., leinene Oberhemden zu 18, 20, 22 bis 60 Rtl., dergl. von Shirting zu 9, 10 und 14 Rtl., Unterbeinkleider pro Paar 20, 22½ und 25 Sgr., Piquee-Unterjäckchen pro Stück 25 Sgr., Chemisettes pro Dtzd. 1½, 2, 2½, 3 bis 7 Rtl., in Leinwand 8 bis 10 Rtl., Kragen und Manschetten das Dtzd. 25 Sgr., 1 Rtl. bis 1½ Rtl., leinene 2 Rtl.

Sämmtliche Sachen sind gut und sauber genäht, und garantire bei Leinwand für rein leinen Gespinnst. Ebenso empfehle ich mein großes Lager von

gewirkten Waaren,

als Jacken, Strümpfe und Socken in Wolle und Baumwolle zu festen Fabrik-Preisen.

Herrmann Gumpert,
Schmiedebrücke Nr. 17, zu den 4 Löwen.

Gardinenstoffe,

glatt, karrirt, gestreift, brochirt, gestickt, Gace und bunte Battist-Gardinen zu den billigsten Preisen; große Piqué-Decken das Stück für 1¼ Thlr.; feine Battist-Taschen-Tücher mit Hohlkanten à 5 Sgr., desgleichen weißgestickte von 5 und 6 Sgr. bis 3 Thlr., bunt gestickte für 10 Sgr., gestickte Unterhemdchen von 7½ Sgr., Uebertaillen von 15 und 20 Sgr. ab, graue und weiße Unterröcke in reicher Auswahl, Negligée-Zeuge, garnirte Unterhemdchen, Sammet-Pellerinen für Damen und Kinder, Kravatten-Tücher, seidene Schürzen, Schleier und Halbschleier, wie die neuesten seid. Bänder und Spitzen 2c.; ferner empfehle ich mein wohlassortirtes

Strumpfwaaren-Lager,

worunter weiße Strümpfe das Paar für 3 Sgr., schwarzwollene Strümpfe f. 10 Sgr., wattirte für 8 Sgr., wollene Socken für 7½ Sgr., Unterbeinkleider für 15 Sgr., Unterjacken in allen Qualitäten, wollene und baumwollene Unterjäckchen für Damen, dergl. Beinkleider, wollene Leibbinden, wollene Kinderstrümpfe in allen Größen 2c. 2c.

S. S. Peiser,

Buttermarkt im Leinwandhause, der Friedrichs-Statue gegenüber.

Beachtenswerthe Anzeige!

Heilsame Erfindung.

Das ganz neu erfundene

Compressorium oder **Urinsperrer**

besitzt die heilsame Eigenschaft, daß es das nächtliche Einnässen ins Bett bei Knaben, so wie auch bei Erwachsenen durchaus verhütet, und macht sich schon nach höchstens monatlichem Gebrauch entbehrlich. Gegen portofreie Einsendung des Betrages und Angabe des Alters erhält man

ein Instrument für Knaben bis zu 10 Jahren zu 1½ Rtl.,
ein Instrument für ältere und Erwachsene zu 2 Rtl.

nebst Gebrauchs-Anweisung vom Unterzeichneten zugeschickt.

S. R. Friedrich in Nordhausen.

Der Besitzer eines Hauses in der Tauenzienstraße wünscht Krankheitshalber dasselbe auf ein Haus in der Stadt oder auf eine ländliche Besitzung in der Nähe von Breslau zu vertauschen. Offerten werden erbeten unter C. K. poste restante Breslau.

Zweite Beilage zu № 282 der Breslauer Zeitung.

Freitag den 1. Dezember 1848.

Billigstes Musikalien-Abonnement

der königlichen Hof-Musikhandlung **ED. BOTE & G. BOCK,** Breslau, Schweidnitzerstrasse Nr. 8.
Für Hiesige und Auswärtige bekanntlich die allervortheilhaftesten Bedingungen.

Subhastations-Bekanntmachung.
Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 6b. der neuen Taschenstraße belegenen, zur Kaufmann Kahn'schen erbschaftlichen Liquidations-Masse gehörigen, auf 17,18‧ Rthlr. 5 Sgr. 4 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen neuen Termin auf den

2. Febr. 1849, Vorm. 10 Uhr

vor dem Hrn. Stadtgerichts-Rath Schmidt, in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.
Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine werden die unbekannten Realprätendenten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen hierdurch vorgeladen.
Breslau, den 14. Juli 1848.
Königliches Stadt-Gericht. II Abtheilnng.

Nothwendige Subhastation.
Die der verwittweten Dorothea Zimmermann, geb. Soßner, gehörigen beiden Besitzungen Nr. 23 Goßlawitzer Vorstadt und Nr. 21 Fischerei zu Oppeln, von denen die Besitzung Nr. 23 mit dem dazu gehörigen

Garten auf	7676 Rtl.	— Sg.	1½ Pf.
und die Besitzung 21 mit dem dazu gehörigen Garten auf	1064 =	14 =	9 =
zusammen auf	8740 Rtl.	14 Sg.	10½ Pf.

gerichtlich abgeschätzt sind, sollen in dem auf den 20. Dezember d. J. Vormittags 10 Uhr hierselbst vor dem Herrn Land- und Stadtgerichts-Rath Storch anstehenden Termine subhastirt werden.
Die Taxe und die neuesten Hypothekenscheine sind in unserm Büreau III a in den Amtsstunden einzusehen.
Oppeln, 10. Mai 1848.
Königl. Land- und Stadt-Gericht.

Nothwendige Subhastation.
Der dem Johann George Friedrich Demuth gehörige, zu Görlitz unter Nr. 1020, belegene Stadtgarten, gerichtlich auf 6062 Rtlr. 15 Sgr. abgeschätzt, soll auf den 4. Januar 1849 von Vormittag 11 Uhr ab an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein können in der 3. Kanzlei-Abtheilung eingesehen werden.
Görlitz, den 29. Juni 1848.
Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Ediktal-Vorladung.
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Johann Dittel hierselbst ist am 4. April d. J. der Konkus-Prozeß eröffnet worden.
Der Termin zur Wahl des Kurators und zur Anmeldung aller Ansprüche an die Konkurs-Masse steht

am 8. Januar 1849 Vormittags um 9½ Uhr

vor dem Hrn. Fürstenthums-Gerichts-Rath Poppo im Parteienzimmer des unterzeichneten Gerichts an.
Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird mit seinen Ansprüchen an die Masse ausgeschlossen und ihm deshalb gegen die übrigen Gläubiger ein ewiges Stillschweigen auferlegt werden.
Zu diesem Termine wird auch der Gemeinschuldner Johann Dittel vorgeladen.
Neisse, den 8. Septbr. 1848.
Königl. Fürstenthums-Gericht.

Ein Candidat der Theologie sucht zu Neujahr eine Hauslehrerstelle im Großherzogthum Posen; nähere Auskunft wird Herr Prediger Friedrich in Posen zu ertheilen die Güte haben.

Kapitals-Ausleihung.
50,000 Rthl. sind gegen Pupillar-Sicherheit ganz oder getheilt, auszuleihen. Frankirte Adressen unter Z. M. poste restante nimmt das hiesige königliche Ober-Postamt an.

Karrirte Flanelle
empfiehlt zu sehr billigen Preisen die Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung:
Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestr. 41, zur Stadt Warschau.

Puppenköpfe von Porzellan
empfiehlt in großer Auswahl die Porzellan-Malerei von **Rob. Ließ,** Albrechtsstraße 59, eine Treppe hoch, Schmiedebrücke-Ecke.

Zum Fleisch- und Wurstausschieben und Wurstabendbrod morgen Sonnabend den 2. Dezember ladet ergebenst ein:
W. Härtel, Kleine-Groschengasse 18.

B.'s jetzt 10,000 Abonnenten mit einer Prämie von 1000 Rtl.
Im Verlage von Gerhard in Danzig erscheint und ist zu haben in allen Buchhandlungen Schlesiens, in Breslau bei **Graß, Barth und Comp.:**

Des deutschen Volkes Erhebung im Jahre 1848;
sein Kampf um freie Institutionen und sein Siegesjubel.
Von **Dr. J. Lasker** und **Friedr. Gerhard.**

Vollständig in 10 Lieferungen à 6 Sgr., die 11te (Schluß-Lieferung) gratis.
Da der Absatz von 10,000 Exemplaren nahezu erreicht ist, gewährt der Verleger einen **Hauptgewinn von 1000 Rthl.,** sollte sich der Absatz auf 20,000 Exemplare steigern, wird der Gewinn auf **2500 Rthl. erhöht. Das Nähere besagt der Umschlag des Werkes.**
Zugleich benachrichtigt der Verleger das Publikum, daß die Zahl der abgesetzten Exemplare s. Z. durch Belege öffentlich constatirt, auch bekannt gemacht werden wird, welches Exemplar den Gewinn-Antheil erhalten hat.

Bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln,** in **Brieg** bei **J. F. Ziegler** ist so eben angekommen:

Der Woll-Ausgangszoll,
im Interesse der Wollproducenten, Fabrikanten und Wollhändler.
Von **C. C. Westphal.**
8. geh. Amelang'sche Sortiments-Buchhandlung. 3 Sgr.

Urtheil
in Sachen der Krone wider die National-Versammlung und der National-Versammlung wider die Krone. Von **Ludwig Kellermann.**
8. geh. Springer in Berlin. 2 Sgr.

Kalender
für Alt und Jung in Dorf und Stadt 1849.
8. geh. Decker in Berlin. 10 Sgr.

Die deutsche National-Versammlung bis zu den September-Ereignissen.
Ein Bericht aus der Partei des rechten Centrum, von **Haym.**
8. geh. Jügel in Frankfurt a. M. 20. Sgr.

Leben, Wirken und Ermordung des Abgeordneten der deutschen Nation
Robert Blum.
Nach Mittheilungen von ihm selbst und nach den besten Quellen bearbeitet.
Ein Volksdenkmal. Von Dr. **C. Franke.**
8. geh. Kanitz in Gera. 3 Sgr.

Robert Blum.
Ein Charakterbild für Freunde und Gegner. Von **A. Frey.**
Fünfte Auflage. 8. geh. Grohe in Mannheim. 5 Sgr.

Deutschland,
seine Zukunft und seine constituirende Versammlung.
Eine Reihe von Betrachtungen von **Ludwig** Fürsten v. **Oettingen-Wallerstein.**
II. Folge. 8. geh. Fahrmbacher in Berlin. 6 Sgr.

So eben erschienen in **zweiter** Auflage, im Verlage von Knapp in Halle:

Abendklänge aus Gottes Wort.
Ein Erbauungsbuch auf alle Abende im Jahre.
Von **Friedrich Arndt.**
Zweite Auflage. 8. geh. 1 Rthl.

Die unerwartet schnelle Nothwendigkeit einer neuen Auflage ist ein Zeichen, daß die **Abendklänge** nicht minder einem vorhandenen Bedürfnisse entsprochen haben, als die **Morgenklänge.** Gott wolle auch ferner Beides segnen, das Bedürfniß und die Befriedigung.
In Breslau vorräthig bei **Graß, Barth und Comp.,** Gosohorsky, Max und Comp.; in Liegnitz bei Reisner; in Brieg bei **Ziegler** und in **Oppeln** bei **Graß, Barth und Comp.**

Neue und wichtige Schriften über die Cholera.
Im Verlage von Mittler in Berlin ist soeben erschienen:

Die Cholera
und der methodische Gebrauch des Campfers, als eines der bewährtesten Mittel gegen dieselbe.
Von Dr. **C. J. Leviseur,** Reg.- und Medizinal-Rath.
8. geh. 7½ Sgr.

Zur Belehrung und Beruhigung meiner Mitbürger in Betreff
der Cholera.
Von Dr. **C. J. Leviseur,** Regierungs- und Medizinal-Rath.
8. Geh. 2½ Sgr.

Beide Schriften sind das Ergebniß einer umfangreichen und emsigen Beobachtung der beiden Epidemien von 1831 und 1837, und stellen eine Methode dar, nach welcher der Herr Verfasser **mehr als 1100 Kranke** behandelt hat.
Vorräthig in **Breslau** und **Oppeln** bei **Graß, Barth und Comp.,** in **Brieg** bei **J. F. Ziegler,** in Liegnitz bei Reisner.

Wein- und Cigarren-Auktion
den 2. d. M. Nachm. 2 Uhr in Nr. 42 Breitestraße. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Gasäther,
in bester Qualität, ist à Pfd. 5 Sgr., in Partien 4½ Sgr. bei Herrn **T. W. Kramer,** Büttnerstraße Nr. 30 zu bekommen.
C. F. Capaun in Masselwitz.

Frische Hasen,
à 10—12 Sgr.; frisches Rehwild, die Keule 20—28 Sgr., und böhmische Rebhühner, à Paar 11—12 Sgr., offerirt:
J. Seeliger sen., Neumarkt-Ecke.

Frische starke Hasen,
gespickt 10 Sgr., frisches **Rehwild,** Rücken 20 Sgr., die starken 1 Rthl., Keule 20—25 Sgr., empfiehlt Wildhändler **Adler,** alter Fischmarkt Nr. 2.

Frische Hasen,
gut gespickt à Stück 10 und 11 Sgr., böhmische Speck-Fasanen, das Paar von 1 Rthl. bis 1 Rthl. 10 Sgr., Rebhühner, das Paar 12 Sgr. Auch frische Rehrücken und Rehkeulen zu den billigsten Preisen, empfiehlt
W. Beier, Wildhändler,
Kupferschmiedestraße 16.

Frische starke Hasen,
gut gespickt, das Stück 11 Sgr., frische böhmische Rebhühner, das Paar 11 Sgr.

Ganz frisches Rehwild,
Rücken und Keule das Stück 15 Sgr., die größte 25 Sgr., empfiehlt:
C. Buhl, Ring- (Kränzel-Markt-) Ecke, im ersten Keller links.

Frische Austern bei Ernst Wendt.

Frische Preßhefe
empfehlen von täglich neuer Sendung:
Gebr. Friederici,
Ohlauer Straße Nr. 6, zur Hoffnung.

Frisches Rehwild,
die Keule 20 Sgr., die stärkste 1 Rthl., den Rücken 20 Sgr., den stärksten 1 Rtl. 10 Sgr.

Frische Hasen,
das Stück gut gespickt 12 Sgr., empfiehlt:
Frühling, Wildhändlerin,
Ring Nr. 26, im goldenen Becher.

Bestes reines
pommersches Gänsefett
offerirt billigst: **C. G. Ossig,**
Nikolai- und Herren-Straße-Ecke Nr. 7.

Von meinem Kommissions-Lager
Elbinger Fischwaaren
offerire ich Wiederverkäufern eine neue Sendung **geräucherten und marinirten Lachs, wie marinirten Aal** zu den billigsten Preisen.
J. W. Seppelt,
Schweidnitzer-Straße Nr. 4, im grünen Adler.

Schafböcke-Verkauf.
Da meine Zuzucht sich auch dieses Jahr schön herausgestellt hat, und ich 70 Stück Sprungböcke zu billigen Preisen zum Verkauf gestellt habe, so eröffne ich hiermit, daß die Thiere ganz gesund und die Beschaffenheit der Wolle ganz ausgeglichen, dicht und mit Feinheit verbunden ist, und ich glaube daher, jeden beliebigen Käufer zufrieden stellen zu können.
Bernsdorf, bei Münsterberg,
den 1. Dec. 1848.
F. Haenel, Gutsbesitzer.

☞ Veränderungshalber werden ein **großer Kronleuchter** mit 12 Flammen, 2 Stück vierflammige, nebst mehreren kleinen **Hänge- und Wandlampen,** im besten Zustande, billig verkauft. Das Nähere Klosterstraße Nr. 16 beim Wirth.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler**:

Die Dichtkunst und ihre Gattungen.

Ihrem Wesen nach dargestellt, und durch eine nach den Dichtungsarten geordnete Mustersammlung erläutert
von
August Knüttell,
Prediger an St. Barbara zu Breslau.
Mit Rücksicht auf den Gebrauch in Schulen.
Zweite, verbesserte und vermehrte Ausgabe. gr. 8. broch. $1\frac{1}{3}$ Thlr.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **Ziegler**:

Das Wissenswürdigste aus der Thierkunde für Volksschulen.

Von **J. Chr. Friedrich Scholz,**
Seminarlehrer zu Breslau.

Zwei Bändchen: die wirbellosen Thiere oder das niedere Thierreich.
8. 25 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler**:

Merkwürdige Begebenheiten
aus der
schlesischen, brandenburgisch-preußischen Geschichte.

Von **K. J. Löschke,**
vormals Lehrer am evangelischen Schullehrer-Seminar in Breslau.
Dritte Auflage. $14\frac{1}{4}$ Bogen $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **Ziegler:**

Berechnung der Zinsen

in preuß. Courant von 5 Silbergroschen bis inclusive 1000 Rthl. Kapital zu 2, $2\frac{1}{2}$, 3, $3\frac{1}{3}$, $3\frac{1}{2}$, 4, $4\frac{1}{2}$, 5 und 6 Prozent in 48 Tabellen
von J. W. Becker.
4. br. 12 Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Erzählungen
aus der Geschichte alter und neuer Zeit,

mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands und der christlichen Kirche.
Zur Erweckung des Sinnes für Geschichte.
Von **Karl Julius Löschke,**
vormals Lehrer am königl. evangel. Schullehrer-Seminar in Breslau.
2te Auflage. 8. $12\frac{1}{2}$ Sgr.

Im Verlage von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** und **Oppeln** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Brieg** durch **J. F. Ziegler:**

Special-Karte
der königl. preuß. Provinz
Schlesien und der Grafschaft Glaz,

entworfen und gezeichnet von
F. J. Schneider,
Ober-Feuerwerker in der königl. preuß. 6. Artillerie-Brigade.
Mit besonderer Hervorhebung der vorhandenen und im Bau begriffenen Eisenbahnen der Staats- und Privat-Chausseen, Kiesstraßen und Kommunikations-Wege.
4 Fuß 4″ breit, 3 Fuß 13″ Rheinl. hoch, in 4 Blättern.
Preis illuminirt 4 Rtl.

J. F. Zieglers Buchhandlung in Brieg,

Zollstraße Nr. 13,
empfiehlt die mit derselben verbundene,

7000 Bände starke Lesebibliothek

allseitiger Beachtung und Theilnahme. Dieselbe wird fortwährend mit dem **Neuesten** und **Beliebtesten** vermehrt. Separat besteht noch ein

Lesezirkel

belletristischer und **publicistischer Zeitschriften**, so wie **medizinischer Journale;** desgleichen in jedem Winter-Semester

ein Taschenbücher-Lesezirkel.

Katalog und Bedingungen werden bereitwilligst mitgetheilt.

Frisches Rehwild, Rücken und Keule, das Stück von 20 Sgr. bis 1 Rthl., die stärksten, **frische Hasen,** gut gespickt 10 und 12 Sgr., **frische Fasanen,** das Paar 1 Rthl., die schönsten 1 Rtl. 5 Sgr.,
Kupferschmiedestraße Nr. 43, im Keller zum goldnen Stück.

Ein junger Wachtelhund,
schwarz und weiß, hat sich verlaufen. Für dessen Abgabe Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 7, 2 Treppen hoch, wird eine angemessene Belohnung versprochen.

Zu vermiethen, Kirchstraße Nr. 21, erste Etage, vom 8. Dezbr. ab, monatlich, 2 möblirte Stuben nebst Kammer, Glas-Entré und Küche. Näheres im Laden Breite- und Kirchstraßen-Ecke Nr. 46, zu erfahren.

Büttnerstraße Nr. 3, 1. Etage, ist zu Ostern k. J. eine Wohnung von 4 Piecen, Entree, Küche und Beigelaß zu vermiethen. Näheres bei der Haus-Eigenthümerin, 3 Treppen hoch.

Heiligegeiststraße 21, an der Promenade, verschiedene Wohnungen, neu gemalt. Näheres Sandstraße Nr. 12, erste Etage.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Diakonus Krebs a. Pleß. Justizkommiss. Furbach u. Kaufm. Fiebig a. Berlin. Staatsrath Graf Dzwiecki a. Warschau. Baronin a. Tschammer aus Dromsdorf. Gutsbes. v. Radonitz a. Michelwitz. Gutsbes. Baron v. Seydlitz a. Constadt. Gutsbes. Graf Brühl v. Dresden. Herr v. Streften a. Frankfurt a. M. K. k. Rittmeister Baron Arennay a. Olmütz. Kaufl. Barchewitz u. Theunert a. Schmiedeberg.

Für Rum- und Essig-Fabrikanten, Destillateure und Schenkwirthe,

So eben erschienen nachstehende Schriften eines praktischen Destillateurs, für deren Echtheit und Brauchbarkeit garantirt wird:

Die **Bereitung** des **Rumäthers,** der **Rumessenz** und des **Rums,** wonach das Quart Rumessenz nur 10—12 Gr. kostet, während die Fabriken 2—3 Rthl. dafür berechnen. Versiegelt 2 Rthlr. baar.

Anweisung jede beliebige Sorte **Branntwein** innerhalb **5 Minuten** zu bereiten und denselben, selbst wenn man noch alte trübe Rester hinzunimmt, binnen eben so kurzer Zeit zu klären; wodurch der wesentliche Vortheil erwächst, daß man, da die Branntweine in so kurzer Zeit klar und hell hergestellt werden können, keine große Vorräthe zu halten hat. Versiegelt. $\frac{1}{2}$ Rtl. baar.

Beschreibung einer höchst einfachen und zweckmäßigen **Spiritus-Reinigungsmethode,** wobei sich die Kosten auf den Eimer so zu reinigenden Spiritus, daß derselbe ohne rectificirt zu werden, zu allen doppelten und einfachen Branntweinen verwendet werden kann, nur auf einige Pfenninge belaufen. Man kann zu dieser Methode jedes beliebige Faß verwenden, und können in einem solchen von 1000 Quart Inhalt, täglich circa 500 Quart gereinigt werden. Versiegelt. 1 Rthl. baar.

Anweisung einen ganz billigen und wohlschmeckenden **Essig** zu bereiten, der ohne alle Vorrichtung, in jedes beliebige Faß zusammengesetzt, und nach Verlauf von einigen Wochen, ohne noch irgend etwas dabei zu thun, verbraucht werden kann. Die Kosten eines Quarts solchen Essigs, belaufen sich nur auf einige Pfenninge. Versiegelt. $\frac{1}{3}$ Rthl. baar.

Neueste Destillirkunst. Zweite Auflage. Versiegelt $1\frac{1}{2}$ Rthl. baar.

Leipzig. Verlag von **Rob. Otto Schulze.**

In **Breslau** bei **Graß, Barth** und **Comp.,** Herrenstraße Nr. 20, in **Brieg** bei J. F. Ziegler, in Glatz bei Hirschberg, in Neisse bei Hennings, in Liegnitz bei Reisner, in **Oppeln** bei **Graß, Barth** und **Comp.**

Alleinige Niederlage des ächten holländ. Männchen auf dem Tönnchen.

Von diesem Tabak, dessen Verkauf für hier und die Provinz mir von dem Herrn **J. G. Etzler nur allein** übertragen worden, habe ich stets altes Lager und empfehle denselben zu dem bekannten Preise pro Pfund 10 Sgr. zur gütigen Beachtung. Gleichzeitig erlaube ich mir noch, um jeden ferneren Mißverständnissen zu begegnen, die geehrten Abnehmer besonders darauf aufmerksam zu machen, daß von heute ab auf jedem Packet dieses Taba's auf der Rückseite nächst meiner Firma die Bezeichnung: „nur allein ächt zu haben bei" gestempelt ist. Breslau, den 1. Dezember 1848.

Heinrich Müller, Schmiedebrücke Nr. 49, im Rothkegel.

Preise der Phönix-Mühle.

25	Pfund	**Weizenmehl**	0.	29	Sgr.	6	Pf.
25	=	dito	I.	27	=	9	=
25	=	dito	II.	23	=	—	=
25	=	dito	III.	18	=	9	=
25	=	**Roggenmehl**	I.	22	=	—	=
25	=	**Hausbacken**		20	=	3	=
25	=	**Roggenmehl**	II.	18	=	9	=
25	=	dito	III.	11	=	3	=

Breslau, den 1. Dezember 1848.

Futtermehl-Offerte.

Die unterzeichnete Administration offerirt hiermit:
Weizen- so wie **Roggen-Futtermehl,** pro Ctr. 110 Pfd. 20 Sg.
Weizen-Kleie, pro Ctr. 16 Sgr., und
Roggen-Kleie, pro Ctr. 20 Sgr., zur gefälligen Abnahme.
Wir erlauben uns, auf diese billigen Preise das landwirthschaftliche Publikum besonders aufmerksam zu machen, und halten uns geneigten Aufträgen bestens empfohlen.

Die Mühlen-Administration der amerikanischen Doms'schen Dampfmühle bei Ratibor.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Abg. nach / Ank. aus	Oberschles.	Pers.-Züge	7 Uhr, 2 Uhr; nach Oppeln 5 Uhr 40 M. Abends. 3 U. 30 M., 8 U. 20 M. Ab.; von Oppeln 9 U. 45 M. Mrg.		
Abg. nach / Ank. von	Berlin	Pers.-Züge	7 U. 15 M., 5 U. 15 M. / 11 U. 45 M., 8 U. 6 M. A.	Güter-Züge	9 U. 45 M. Morg. / 7 U. 18 M. Ab.
Abg. nach / Abg. von / Abg. von	Freiburg / Schweidnitz	tägl.	8 U. — M., 5 U. — M. / 7 U. 15 M., 5 U. 18 M. / 7 U. 10 M., 5 U. 15 M.	Außerdem Sonntag, Mittwoch u. Freitag	1 U. — M. Mitt. / 1 U. 18 M. = / 1 U. 15 M. =

Breslau, den 30. November.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{3}{4}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{2}{3}$ Br. Louisd'or 113 Br. Polnisches Courant $93\frac{11}{12}$ Br. Oesterreichische Banknoten $92\frac{1}{4}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 92 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $76\frac{7}{12}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{3}{4}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$% $78\frac{3}{4}$ Gld. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $90\frac{1}{4}$ Br., Litt. B. 4% $92\frac{1}{4}$ Br., $3\frac{1}{2}$% 82 Br. Polnische Pfandbriefe 4% alte $91\frac{1}{4}$ Br., neue $91\frac{1}{4}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $86\frac{7}{12}$ Br. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A. $90\frac{3}{4}$ Br., Litt. B. $90\frac{3}{4}$ Br. Krakau-Oberschlesische $42\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{3}{4}$ Br. Neisse-Brieger 40 Gld. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $76\frac{1}{4}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $40\frac{7}{8}$ Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Monat $142\frac{1}{2}$ Gld. Berlin 2 Monat $99\frac{1}{6}$ Gld., keine Sicht $100\frac{1}{6}$ Br. Hamburg 2 Monat $150\frac{1}{2}$ Br., keine Sicht $150\frac{5}{6}$ Br. $150\frac{1}{2}$ Gld. London 3 Monat 6. $26\frac{1}{3}$ Br.

Berlin, den 29. November.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $76\frac{3}{4}$ bez. u. Gld. 77 Br., Prior. $4\frac{1}{2}$% 92 bez. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% $68\frac{3}{4}$ Br., Prior. 4% $84\frac{3}{4}$ bis $85\frac{1}{4}$ bez. u. Gld., Prior. 5% $95\frac{3}{4}$ Gld., Ser. III. 5% $89\frac{3}{4}$ Gld. Oberschlesische $3\frac{1}{2}$% Litt. A. $90\frac{1}{4}$ Gld., Litt. B $90\frac{1}{4}$ Gld. Rheinische 51 bez., Prior.-Stamm 4% 67 Gld. Stargard-Posener 4% $67\frac{3}{4}$ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% $40\frac{5}{8}$, $\frac{3}{8}$ u. $\frac{5}{8}$ bez. — Geld- und Fonds-Course: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $76\frac{3}{8}$ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $91\frac{7}{8}$ bez. Posener Pfandbriefe 4% $95\frac{1}{2}$ Br., neue $3\frac{1}{2}$% 79 bez. Friedrichsd'or $113\frac{3}{8}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{8}$ etw. bez. u. Br. Polnische Pfandbriefe 4% neue $90\frac{3}{4}$ bez.

Die Course der Fonds sowohl als Eisenbahn-Aktien erhielten sich fest und einige wurden etwas höher bezahlt; besonders Prioritäts-Aktien, welche sehr begehrt blieben.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp. Redakteur: Nimbs.